

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Hitlers Privatarmee verboten

SA-Verbot für das ganze Reich

TU. Berlin, 13. April 1932.

Die mehrstündigen Beratungen des Reichskabinetts endeten am Mittwoch nachmittag mit dem Beschluß einer Notverordnung, durch die die nationalsozialistischen Formationen SS und SA mit Wirkung vom heutigen Tage verboten werden. Die Notverordnung sowie eine Begründung der Reichsregierung wird noch heute erlassen.

Berlin, 13. April 1932

Kommt ein Verbot der SA oder nicht? Das war die Frage, die die deutsche Innenpolitik während des 13. April beherrschte. Die Frage war akut geworden, nachdem die Regierungen von fünf Ländern, nämlich Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, einen energischen Vorstoß bei der Reichsregierung unternommen und ein kategorisches Verbot gefordert hatten. Daß diesem Druck irgendwie nachgegeben werden müsse, stand nach Lage der Dinge fest, aber unentschieden war noch die Frage, ob man zu einem völligen oder nur zu einem getarnten Verbot greifen wolle.

Die langen Beratungen, die dem Verbot vorangegangen sind, lassen die großen Meinungen ahnen, die einem Verbot in der Reichsregierung entgegenstanden. Mehr als nur einer der Reichsminister möchte sich die Sympathien der Hakenkreuzler nicht verschmerzen. Allerdings wurde der Entschluß auch nicht unwesentlich durch das Bekanntwerden jenes Hitler-Befehls erleichtert, wonach die SA-Truppen auch bei einem außenpolitischen Konflikt sich nicht davon abhalten lassen werden, nach innen zu schlagen. Wenn nun das Reich den SA-Truppen gegenüber bisher soviel Langmut und Geduld bewies, so nicht zuletzt aus der Erwägung heraus, daß die SA-Truppen gerade bei einem solchen Konflikt — es sei nur an eine mögliche Auseinandersetzung mit Polen gedacht — der Reichsregierung als starker und willkommenen außenpolitischer Faktor zur Verfügung stehen werden. Dieser Überlegung ist jetzt durch die Enthüllungen der Boden entzogen und damit waren auch diese Argumente hinfällig geworden.

Indessen darf sich die Arbeiterklasse durch das jetzt ausgesprochene Verbot nicht in Illusionen wiegen lassen. Die Kräfte, die die Hitlersche Privatarmee schützen, sind nach wie vor außerordentlich stark. Noch im letzten Augenblick soll beispielsweise auch der Führer der Deutschen Volkspartei, der Abg. Dingeldey, bei den zuständigen Stellen vorstellig geworden sein, um ein Verbot unter allen Umständen zu verhindern. Dabei hatte derselbe Dingeldey noch tags zuvor in einer Versammlung erklärt, daß, wenn auch nur ein Teil der Enthüllungen zuträfe, kein Staat das Treiben der SA-Truppen dulden könne. Bekanntlich steht Dingeldey in sehr engen Beziehungen zu der Schwerindustrie, so daß anzunehmen ist, daß er nur als Mittler eines Wunsches der Herren an Rhein und Ruhr aufgetreten ist. Es ist darum schon heute anzunehmen, daß die Schwerindustrie wie überhaupt das Finanzkapital sich mit dem Verbot nicht abfinden und seine alsbaldige Wiederaufhebung fordern werden.

Noch schwerer wiegt ein anderes Moment. Die Führer der SA sind fast ausnahmslos Offiziere der alten Armee, die schon rein persönlich enge Beziehungen zu der Reichswehr unterhalten. Es wird daher darauf zu achten

sein, daß diese Fäden radikal zerschnitten werden. Das aber setzt wieder voraus, daß aus den militärischen Stellen alle jene Herren entfernt werden, die bisher noch nicht müde geworden sind, ihre schützende Hand über die Hitlergardien zu halten, und die überhaupt erst die Entstehung einer Privatarmee ermöglicht haben.

Mit dem Verbot allein kann es darum sein Bewenden nicht haben. Ganz abgesehen davon, daß durchaus die Möglichkeit besteht, daß es schon in Kürze wieder zurückgenommen werden kann, sind die SA-Truppen nur ein Instrument des Faschismus, sind nicht dieser selbst. Wer die Hitlersche Privatarmee darum wirklich vernichten will, der muß auch der Schlange des Faschismus den Kopf zertreten. Diesem vor allem muß darum der Kampf gelten, und da der Faschismus eine Institution

des Kapitalismus ist, so heißt Kampf gegen den Faschismus vor allem Kampf gegen den Kapitalismus, heißt Kampf gegen Lohnraub und soziale Entrechtung.

Die SA-Notverordnung

Die Notverordnung des Reichspräsidenten, durch die die nationalsozialistischen Formationen verboten werden, trägt den Titel: Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932. Sie besagt u. a.:

Sämtliche militärähnliche Organisationen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Die zur Zeit der Auflösung im Besitze der aufgelösten Organisationen oder eines Teiles ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, mit denen militärähnliche Zwecke der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden.

Wer sich in einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied betätigt oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer angehören.

Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auch die Einschüßung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

„Durchführung ohne Härte“

Dem Verbot ist eine ausführliche Begründung beigegeben, die mehr den Charakter einer Entschuldigung als einer Anklage hat. Interessant daran ist einmal der Hinweis, daß die militärischen Organisationen „eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinzulassen“ könnten, sowie vor allem die Bestimmung, daß

„die Auflösung der militärähnlichen Organisationen der NSDAP nach den Anweisungen des Ministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden“ soll.

Da der Reichsinnenminister zugleich der Reichswehrminister ist, so scheint also alle Garantie gegeben zu sein, daß er das Verbot „ohne Härte“ durchführt.

Der ADGB-Krisenkongreß

An Stelle Brüning spricht Stegerwald und kündigt neuen Lohnabbau an

Berlin, 13. April 1932.

Der außerordentliche Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der sogenannte Krisenkongreß, wurde heute vormittag in Gegenwart mehrerer hundert Gewerkschafts-Abgeordneter im Sitzungssaal des Reichstages mit einer Ansprache des Bundesvorsitzenden Theodor Leipart eröffnet. Der Kundgebung wohnten u. a. der preußische Ministerpräsident Braun, die Reichsminister Stegerwald und Warmbold, Reichstagspräsident Loebe und die preußischen Minister Klepper, Severing und Hirtzsiefer bei.

Der mit ungeheurem Aufwand an großen Worten angekündigte und dann angstvoll wieder vertagte Krisenkongreß der Freien Gewerkschaften hat nun endlich doch stattgefunden. Die große Erwartung, die den Vorwärts zu einem wahren Begeisterungsturm veranlaßt hatte, nämlich, daß der Herr Reichskanzler persönlich der Arbeiterschaft die Ehre geben würde, auf dem Krisenkongreß anwesend zu sein, wurde zerschlagen.

Herr Brüning ist nicht erschienen. Seine Vertretung hat in letzter Stunde der Reichsarbeitsminister Stegerwald übernommen müssen.

In seiner Eröffnungsrede behauptete der Vorsitzende Leipart, daß die ursprünglich für den 28. März angesetzte Tagung wegen der Präsidentschaftswahl verschoben worden sei. Er hat offenbar vergessen, daß damals der Osterfriede als Vorwand gedient hatte. Seine ganze Rede beweist, daß sein energischer Anspruch, daß „die Gewerkschaften allmählich aus ihrer wohlüberlegten Ruhe erwachen müßten“, be-

reits wieder in Vergessenheit geraten ist. Mit keinem Wort drohte er der Regierung an, daß die Arbeiterschaft selbst zu eigenen Aktionen zu schreiten bereit ist, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. „Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern. Die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu mildern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.“ (1)

Das Hauptreferat des Kongresses hielt der zweite Vorsitzende Eggert. Sein Arbeitsbeschaffungsprojekt, das in den wesentlichen Zügen ja bereits bekannt ist, ist eine verschleierte Wiederaufnahme des WTB-Planes, wenn auch einige wenige Züge aus dem Programm des AFA-Bundes übernommen sind. Auch hier mit keinem Wort ein wirkliches Kampfprogramm der Arbeiterschaft. „Das wichtigste ist, daß die Wendung dem Volk, das Vertrauen zu sich selbst, zu seinen Kräften und zu seiner Zukunft wiederzugeben vermag.“ Soll diese Wendung durch die Regierung Brüning, soll sie durch das kapitalistische System herbeigeführt werden? Die völlige Unmöglichkeit, dieses Vertrauen der Arbeiterschaft zu erwecken, zeigte nichts deutlicher als

die Rede Stegerwalds.

Sie war ein einziger Rechtfertigungsversuch für die Lohnabbaupolitik der Reichsregierung. Als Hauptursache des Schrumpfungsprozesses könne er die Gehaltskürzung nicht ansehen. Immerhin

war es schon recht entgegenkommend, daß der Herr Arbeitsminister wenigstens zugab, daß „für das Gros der Arbeiter die Löhne nicht mehr zu hoch seien“, trotzdem aber seien noch „einige Angleichungen notwendig“. Dies ging selbst den geduldigen Delegierten zu weit. Bei diesen Worten des Arbeitsministers erhob sich immerhin heftiger Widerspruch.

In der Diskussion wandte sich ein einziger Delegierter (2), der Vertreter des Baugewerksbundes gegen die augenblicklich wieder erfolgten Tarifkündigungen.

Die angenommene Resolution beschränkt sich auf die alten Forderungen der Durchführung der 40-Stundenwoche, der Preisüberwachung, der Inangriffnahme öffentlicher Arbeit usw. Sie wendet sich mit all ihren Forderungen lediglich an die Reichsregierung und übersteht völlig, daß die Politik eben dieser Reichsregierung die Schuld für die augenblickliche katastrophale Lage der Arbeiterklasse trägt. Der Ausgang, der von Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter mit großen Hoffnungen begrüßten Kongresses muß der Arbeiterklasse mit aller Deutlichkeit zeigen, daß diese Taktik der Gewerkschaften, daß die Politik der Eisernen Front, die die Regierung des Lohnraubs stützt, statt sie zu bekämpfen, die Lage der Arbeiterklasse niemals bessern wird. Aufgabe der Arbeiterklasse muß es sein, mit allem Nachdruck zu fordern, daß mit dieser Politik grundsätzlich Schluss gemacht und an die Stelle des Bittens und Forderns von der Regierung die einheitliche Kampfkraft des gesamten Proletariats treten muß.

(Weiterer Bericht siehe 4. Seite Hauptblatt.)

Hitler und die Frauen

Von Dora Fabian

In den letzten Wochen haben die Nationalsozialisten gegenüber den Frauen eine neue Taktik eingeschlagen. In ihren Wahlreden, Flugblättern und Presseveröffentlichungen spielen die Frauen eine weit größere Rolle als bei früheren Gelegenheiten, und die Argumente -- soweit man ihre Phrasen als solche bezeichnen will -- sind andere geworden. Bisher behauptete man sich mit -- psychologisch geschickten -- Versprechungen, die allgemein darauf hinausliefen, daß die Frau es im dritten Reich besser haben, daß sie ihrer „natürlichen Bestimmung, Kinder zu bekommen und das Haus zu hüten“, wieder zugeführt und aus dem schweren Kampf ums Dasein erlöst werden sollte.

Eine Heils- und Erlösungslehre bedarf keiner Argumente und Beweise, im Gegenteil, sie entwertet ihre Anziehungskraft, hemmen den blinden Glauben, Hitlers Heilslehre für die Frauen spekuliert auf zwei Voraussetzungen: auf die Verzweiflungsstimmung breiter Massen und auf die Unfähigkeit und Unwilligkeit zum Denken. Dazu kommt noch etwas anderes: die Enttäuschung darüber, daß die von einer ganzen Frauengeneration mit so viel Hoffnungen erstrebte politische und wirtschaftliche Befreiung der Frau nicht die Erwartungen erfüllte, die auf sie gesetzt waren. Das Recht auf den Beruf und die Erwerbsarbeit wird heute als Fluch und Zwang empfunden, der alte Zustand der Rechtlosigkeit und Berufslosigkeit der Mittelschichten erscheint als Ideal.

Nur so ist das Bild erklärlich, das sich beispielsweise bei der Berliner Lustgartenkundgebung der Nationalsozialisten bot: Arbeiterfrauen, aus deren abgezeichneten Gesichtern gläubig-verklärte Augen leuchteten, streckten in ihren beiden hochgehobenen, abgearbeiteten Händen dem „Führer“ ihre Kinder entgegen, als könne er allein ihnen Rettung bringen. Gläubiges Vertrauen und auch Opferbereitschaft sprach aus ihren Gesten. Junge Mädchen in braunen Blusen, Arbeitermädels und kleine Angestellte, gerieten in eine Art chiliastischer Verzückung, als Hitler ihnen versprach, in seinem Reich würden sie schneller und sicherer zu einem Mann kommen. Wäre nur ein kurzer Augenblick lang einmal die Frage in ihnen aufgetaucht, woher der Führer die Männer für die zwei Millionen Frauen im heiratsfähigen Alter, die heute in Deutschland mehr vorhanden sind als Männer, nehmen will, hätten sie sich nur gefragt, woher die Hunderttausende erwerbsloser Jungsarbeiter die Mittel zur Gründung einer Familie nehmen sollen -- der Rausch wäre schnell verfliegen.

Aber -- und das ist vielleicht die einzige Leistung, die die Nationalsozialisten für sich in Anspruch nehmen können: die Frauen werden systematisch am Denken verhindert. Darauf läuft der ganze Aufbau ihrer Frauenorganisation hinaus. Der „Deutsche Frauenorden“, der bis vor eineinhalb Jahren als selbständige nationalsozialistische Organisation mit eigener Leitung bestand, wurde aufgelöst, und an seiner Stelle auf höheren Befehl die „nationalsozialistische Frauenschaft“ gegründet, deren Leiterinnen den männlichen Leitern unterstehen und ihnen verantwortlich sind. Diese Frauenschaften werden als notwendiges Übel betrachtet und von dem Männerbund mit tiefsten Mißtrauen angesehen. Wie man die weibliche Gefolgschaft wirklich einschätzt, ergibt sich aus dem Satz, den man in den Aufmarschplänen der Hitler-Armee aufgefunden hat:

„Keiner Frau etwas mitteilen.“

Die gleiche untergeordnete Rolle wie innerhalb der Organisation spielen die Frauen nach allen bisherigen Veröffentlichungen im dritten Reich. Es ist bekannt, daß Goebbels fordert, die Frau soll schön sein für den Mann und Kinder bekommen; daß Feder ausziehen will, den Lindwurm zu töten, damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf dieser Welt gibt: zur Frau, die Magd und Dienerin ist; daß der Abgeordnete Esser in einer Rede in Stuttgart forderte:

„Weg mit den Frauen und Mädchen aus den staatlichen Bürostuben und an ihre Stelle der deutsche Krieger und der deutsche arbeitslose Mann“;

daß es im Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten heißt: „Eine Beschränkung der Frauenarbeit gehört zu der dringendsten Forderung der neuen Wirtschaftsordnung. Etwa 400.000 bis 500.000 in der Industrie beschäftigte Frauen sind durch Männer zu ersetzen.“

Das alles, was jahrelang propagiert wurde, womit man die Frauenstimmen gefangen hat, soll nun plötzlich nicht mehr wahr sein. Fürchten die Nationalsozialisten, daß es auch unter den Frauen ein jähres Erwachen geben könne, das freilich anders aussehen würde, als das Erwachen Deutschlands, das sie durch alle Gassen brüllen? Eine heftige Unruhe scheint sie ergriffen zu haben, eine bange Furcht, daß Klarheit in die umnebelten Frauenhirne brechen, daß das Denken an die Stelle der gedankenlosen Begeisterung treten könnte.

Nicht anders ist es zu erklären, daß jetzt mitten im Wahlkampf die Frauenschaftsleiterinnen aus ganz Deutschland nach München beordert wurden, damit die Herren Feder und Rosenberg sich vor ihnen rechtfertigen und allen abzuliegen konnten, was sie bisher über die Frauen geschrieben und gesagt haben. Auf dieser Tagung, so berichtet der „Völkische Beobachter“, wies der Abgeordnete Feder die ihm fälschlich unterstellte Äußerung, das Weib sei Magd und Dienerin, als unwahr zurück. Und sein Freund Rosenberg zitierte ein paar harmlos klingende Sätze aus seinem „Mythus des 20. Jahrhunderts“, während er die Sätze, die einen Sturm der Entrüstung auch unter den eigenen Anhängern hervorgerufen haben, einfach fortließ. Wir wissen nicht, ob wenigstens einige unter den Frauenleiterinnen die Dokumente zur Hand nahmen und die Fälschungen registrierten, oder ob sie gläubig nun auch die neue Lehre hinnahmen und hinaustrugen.

In der gleichen Richtung liegt es, wenn Gregor Strasser im „Völkischen Beobachter“ vom 6. April einen Artikel über „Die Frau und der Nationalsozialismus“ las, in dem nur noch wenige der altbekannten Phrasen von der natürlichen Aufgabe der Frau als Zuchtstute zu finden sind, dagegen „Schutz der Frau, Schutz der Mutter vor und nach der Geburt, Schutz der ehelichlebenden Frau durch Gesundheitsnachweis“ gefordert wird. Es wird auch nicht mehr verkannt, daß die Frau aus dem Berufsleben zu verschwinden habe, nichts mehr davon, daß der Krieger an ihre Stelle zu treten hat. Herr Strasser hat schnell umgelernt: „Es wird einmal für die deutsche Frau und das deutsche Mädchen viel schönere und passendere Berufe geben als ewig als Stenotypistin von Licht und Luft und Auswirkung der eigen-

nen besonderen Kräfte abgesperrt zu sein.“ An speziellen Arbeitsmöglichkeiten für die Frau sieht Strasser „neben ihren bisherigen Arbeitsgebieten in Schule, Kindererziehung und Krankenpflege auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und des Wohlfahrtswesens, in Wohlfahrtsämtern, Waisenhäusern, Wöchnerinnenheimen, Arbeitsnachweisen und Berufsberatungszentralen zahllose, gerade für die Frau passende Arbeitsmöglichkeiten“. Selbst als Schöffin bei Jugend- und Arbeitsgerichten ist die Frau „unentbehrlich“.

Auch der „Führer selbst erklärte bei einer seiner letzten Kundgebungen „an das deutsche Volk“, er kenne keine Männerrechte und keine Frauenrechte, er kenne für beide Geschlechter nur ein Recht, das zugleich die Pflicht ist, für die Nation gemeinsam zu leben, zu arbeiten und zu kämpfen.

Merken die Frauen endlich etwas? Erkennen sie endlich die Gewissenlosigkeit, mit der sie von den Nationalsozialisten als Stimmvieh mißbraucht werden sollen, mit Verprechungen und Parolen aller Art, wie es gerade die Situation ergibt? Heute heraus aus den Betrieben, Magd und Dienerin des Mannes, morgen hinein in den Beruf und gleichberechtigte Kampfgenossin des Mannes! Es ist der Gipfel der übelsten Demagogie, die hier darauf spekuliert, das heute vergessen ist, was gestern versprochen wurde. Die Arbeiterfrauen und -mädchen müssen endlich diesen niederträchtigsten Lügern, die sich je in der Politik breitgemacht haben, die Maske vom Gesicht reißen und ihnen die einzige Antwort erteilen, die ihnen gebührt:

mit allen Kräften hinein in die wirklich antifaschistische Klassenfront des Proletariats!

Rußlands neuer Abrüstungsvorschlag

Litwinows Rede in Genf

In einstündiger Rede begründete am Dienstag Litwinow den neuen Vorschlag der Sowjetregierung. Entsprechend dem seinerzeit eingereichten russischen Vorschlägen sollen Armeen von mehr als 200.000 Mann um 50 Prozent vermindert werden, während Armeen unter 30.000 Mann keinerlei Verminderungen unterliegen und die Herabsetzung der dazwischen liegenden Heeresstärken sich zwischen 0 und 50 Prozent bewegen soll.

Litwinow erklärte kommunistischen Berichten zufolge, daß

die Sowjetdelegation alle Versuche bekämpfen werde, die die Aufgaben der Konferenz auf eine bloße Begrenzung der Rüstungen verengern wollen,

und daß sie andererseits, was die Rüstungsherabsetzung betrifft, die unterschiedslose Anwendung eines einheitlichen Prozentsatzes für die Stärksten und Schwächsten für ungerecht hält. Obwohl der Sowjetstaat seinem Wesen nach keinerlei imperialistische Ziele verfolgen könne, in keiner Weise nach dem Erwerb neuen Gebietes oder von Kolonien strebe und niemals Truppen oder Kriegsschiffe zur Verteidigung seiner Bürger oder sogenannten nationalen Interessen in fremdes Gebiet entsandt habe, sei

die Sowjetarmee doch bereit, auch ihre Arme unter die 50prozentige Herabsetzung fallen zu lassen.

Wenn der russische Vorschlag kleine Armeen von der Herabsetzung ausnehmen wolle, so geschehe das unter der Voraussetzung, daß keine militärischen Bündnisse zugelassen werden, oder daß die Streitkräfte militärisch verbündeter Staaten entsprechend ihrer Gesamtstärke herabgesetzt werden.

Mit Bezug auf den amerikanischen Vorschlag erklärte Litwinow, isolierte Vorschläge für die Abschaffung einer bestimmten Art von Rüstungen seien nicht dazu angetan, die Probleme zu vereinfachen, da die Beziehungen der verschiedenen Waffenkategorien zueinander in den einzelnen Ländern verschieden seien und deshalb die Abschaffung bestimmter Waffen die Verteidigungskräfte der einzelnen Länder verschieden beeinflussen würde.

Nachdem die Abrüstungskonferenz in ihrem ersten Tagungsabschnitt den epochemachenden Beschluß gefaßt habe, die totale Abrüstung nicht in Aussicht zu nehmen, so stehe sie jetzt vor der Frage, ob die hier vertretenen Staaten bereit seien, ihre Rüstungen, wenn auch nur teilweise, so doch wesentlich herabzusetzen. Sei die Antwort wiederum negativ, so werde es unmöglich sein, den Bankrott der Konferenz durch irgendwelche Seitensprünge, wie Entschleßungen über moralische Abrüstung, Sicherheit oder auch über die Abschaffung der einen oder der anderen Waffe zu verhüllen.

Streik-Krawalle in Brügge

TU. Brügge, 12. April 1932.

Ein Teil der streikenden Bergarbeiter im Brüxer Revier versuchte am Mittwoch, den Generalstreik im ganzen Gebiet zu erzwingen. Vor vielen Fabriken sammelten sich Gruppen von Streikenden an, die die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit bewegen wollten, was ihnen in vielen Fällen gelang. In Oberleutensdorf kam es zwischen einer mehrere tausend Köpfe zählenden Menschenmenge und Gendarmerie zu Plänkelleien, so daß Militär zu Hilfe gerufen werden mußte.

Auf Kavallerie anrückte, wurden Zäune und Balken auf die Straße geworfen, so daß die herreitenden Truppen nicht vordringen konnten. Ein Soldat wurde durch einen Steinwurf schwer, drei Polizisten leicht verwundet. Darauf drang die Gendarmerie mit gefülltem Bajonett gegen die Barrikaden vor, die geräumt wurden. Der Zuzug von Streikenden aus der ganzen Gegend nach Brügge dauerte am Nachmittage noch an, und man befürchtete erneute heftige Zusammenstöße.

Ein deutsch-südwestafrikanischer Millionär tot aufgefunden. In der Nähe von Swakopmund wurde die Leiche des deutschen Millionärs Emil Kreplin, der Direktor mehrerer Diamantschleifereien war, mit einer Schußwunde im Kopf im Meere schwimmend aufgefunden.

Finanzkapital lobt Stegerwald

Die Presse des Finanzkapitals ist mit Stegerwalds Ausführungen auf dem Krisenkonferenzen des ADGB außerordentlich zufrieden. Charakteristisch hierfür ist das Urteil des „Berliner Börsen-Couriers“, der auf der ersten Seite in vierspaltiger Aufmachung seinem Frohlocken also Ausdruck gibt: „Eine mutige Rede Stegerwalds.“ Wörtlich schreibt das Blatt:

Es ist als ein Verdienst Stegerwalds anzusehen, daß er auch in diesem Kreise nicht davor zurückschreckte, die harte Wahrheit deutlich auszusprechen. Stegerwald verkündete kein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm, wie es wohl die meisten Besucher des Gewerkschaftskongresses erhofft hatten, weil er die Finanzierungsmöglichkeiten dafür nicht sieht. Auch will er die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit durch Notverordnung nur dann vertreten, wenn es nicht glückt, in freiwilligen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu demselben Ergebnis zu gelangen.

Das Blatt des Finanzkapitals hat also sehr wohl den Sinn der Stegerwaldschen Rede verstanden. Es droht nichts, was dem Finanzkapital auch nur im geringsten lästig werden könnte.

Hitler zum SA-Verbot

TU. London, 13. April 1932.

In einer Unterredung mit dem Berliner Mitarbeiter des „Daily Express“ sagte Hitler: „Wenn die Regierung meine SA auflösen sollte, dann würde sie mich der Verantwortlichkeit für dieselben entheben. Ich würde dann diese 400.000 Mann nicht mehr wie bisher unter meiner Kontrolle haben und könnte nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was sie im Einzelfalle tun werden.“

Als der Korrespondent bei einer anderen Gelegenheit Hitler fragte, was er tun wolle, wenn die nationalsozialistischen Organisationen aufgelöst wurden, antwortete Hitler: „Lassen sie ruhig die Auflösung der Organisationen erklären. Sie können meinen Leuten nicht die Köpfe abschneiden. Solange die aber Herzen und Köpfe haben, werden sie mir ergeben sein.“

England zur Abwehr entschlossen

London, 12. April 1932.

Am Dienstag wurde im englischen Unterhaus wieder die Frage der deutschen, französischen und belgischen Einfuhrbeschränkungen aufgeworfen. Handelsminister Runciman sagte, nachdem er auf die unterschiedliche Wirkung der deutschen Kohleneinfuhrbeschränkungen gegenüber England hingewiesen hatte, daß die belgischen und französischen Kontingentsbeschränkungen für alle Lieferländer gälten. Die Art und Weise, wie diese Länder jedoch die Kontingentierung berechneten und das Lizenzierungssystem durchführten, müßten als unterschiedliche Behandlung Englands angesehen werden. In diesem Zusammenhang wies Runciman auch auf die italienischen Landungszölle für die auf dem Seewege eingeführten Kohlen hin. Es sei klar, daß dadurch die englische Kohle mehr betroffen werde als die aus anderen Ländern. Abschließend sagte der Handelsminister: „Wir können eine unterschiedliche Behandlung der englischen Waren nicht unbeachtet lassen und müssen daher die notwendigen Schritte ergreifen.“

Mordanschlag in Syrien

Beirut, 12. April 1932.

Auf den ehemaligen Präsidenten von Syrien, Subhi Bey Bereket, wurde am Dienstag ein Revolveranschlag verübt. Ein Eingeborener gab auf den Präsidenten mehrere Revolvergeschüsse ab, als dieser in Begleitung zweier politischer Freunde sein Hotel verließ. Während Subhi Bey Bereket selbst unverletzt blieb, wurden seine beiden Begleiter schwer verwundet. Der Attentäter, der aus politischem Fanatismus gehandelt hat, wurde von einem Polizeibeamten niedergeschossen und schwer verletzt ins Gefängnislazarett von Beirut überführt.

Hitler klagt gegen Braun

TU. München, 13. April 1932.

Adolf Hitler beauftragte den Rechtsanwalt Dr. Frank II-München, gegen den Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Berliner Tageszeitung „Vorwärts“ Strafantrag zu stellen und Privatklage zu erheben wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolgten landesverräterische Absichten.

Im übrigen werde gegen jeden, der die gleichen verleumderischen Behauptungen über Adolf Hitler aufstelle, rücksichtslos mit allen Rechtsmitteln vorgegangen werden.

Militärzug bombardiert

TU. Chabin, 13. April 1932.

Zehn Meilen östlich von Chabin entgleiste in der Nacht zum Mittwoch ein japanischer Truppentransportzug infolge eines Bombenanschlages. Es gab 11 Tote, 19 Schwer- und 74 Leichtverletzte. Der Zug wurde durch die Gewalt der Explosion aus den Schienen gehoben und stürzte den Bahndamm hinunter. Man nimmt an, daß der Anschlag von Kommunisten ausgeführt worden ist.

Kriegsschiff gegen Aufständische

TU. London, 12. April 1932.

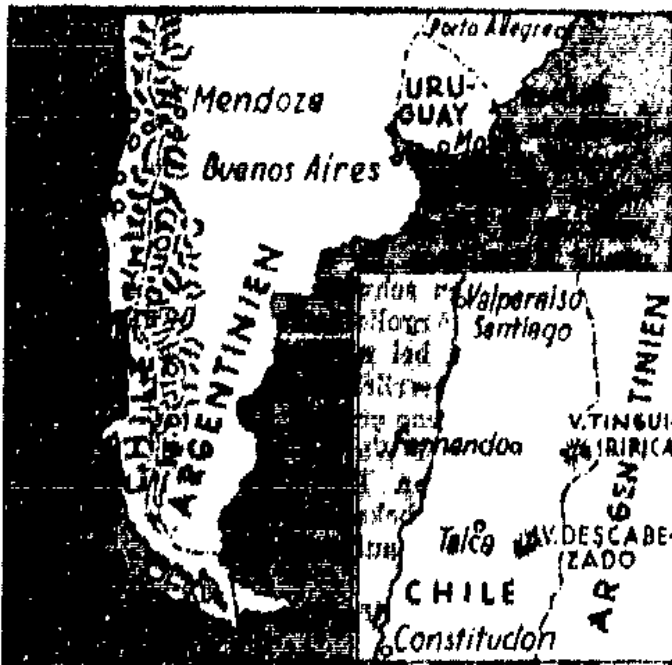
Der englische Kreuzer „Dragon“ traf am Dienstag in St. Johns, Neufundland, ein. Er war von dem neufundländischen Gouverneur während der neuerlichen Unruhen, bei denen das Parlament von 15.000 Demonstranten gestürmt worden war, angefordert worden.

England erkennt Mandchurei nicht an

Der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Kapitän Eden, teilte im Unterhaus mit, daß der englische Außenminister eine Note vom Außenminister der neuen mandchurischen Regierung erhalten habe, in der um die Eröffnung von formellen diplomatischen Beziehungen nachgesucht wird. Diese Note sei un beantwortet geblieben.

Schrecken über Südamerika

Schwere Schäden durch die Erdbebenkatastrophe



Karte Südamerikas mit den Cordilleren, deren Mitte von den Vulkanen gebildet wird, die jetzt nach Jahrhundertelanger Pause wieder ausgebrochen sind. Rechts Karte des Zentrums.

10 000 Menschen in Argentinien in Erstickungsgefahr?

Buenos Aires, 13. April 1932.
In der durch die furchtbaren Vulkanausbrüche am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Stadt Malargue in der argentinischen Provinz Mendoza befinden sich, wie aus dem bedrohten Gebiet gemeldet wird, etwa 10 000 Einwohner infolge der Gasvergiftungen in Erstickungsgefahr. Bisher unternommene Rettungsversuche scheiterten.

Große Viehherden vermisst

Santiago de Chile, 13. April 1932.
Unmittelbar nach Eintritt des Erdbebens versuchte am Sonntag ein Militärflieger das Erdbebengebiet zu überfliegen, mußte aber wegen Unsichtigkeit und wegen des Schwefelgehalts der Luft umkehren. In den Cordillieren waren riesige Feuerflammen sichtbar, die durch die ausströmenden Gase in allen Farben des Regenbogens gefärbt waren. Der Himmel war dunkelrot. Der Aschenvorhang wanderte langsam nach Norden ab.
Bisher wurde kein Schaden gemeldet, da in unmittelbarer Nähe der Vulkane keine Ortschaften liegen. Es fehlen aber noch Nachrichten von den großen Viehherden. In drei Städten wurden die Elektrizitätswerke stillgelegt. Der Herd des Bebens liegt wie im Jahre 1928 bei Talca.

Der Aschenregen über Argentinien und Chile

Neue Erdstöße — Tausende von Menschen auf der Flucht
Santiago (Chile), 13. April 1932.
Infolge der ungeheuren Vulkanausbrüche in Südamerika geht ein ununterbrochener Aschenregen über Argentinien und Chile nieder. Am meisten leiden Stadt und Bezirk von Malargue in der Provinz Mendoza.
Die Erde hat sich dort auf weite Strecken hin gespalten.
Die Erdrisse ziehen sich auch unter der

Stadt hindurch, so daß ernste Gefahr für die Häuser besteht. Die Einwohner sollen aus der Stadt entfernt werden. Die Entsendung von Truppen zur Hilfeleistung sowie jede gewünschte Unterstützung ist von der Regierung zugesagt worden.

Eine dicke Aschendecke bedeckt die Pampas und die Städte.
Zunächst betrachteten die Einwohner von Buenos Aires das Herabfallen der Asche mit Neugierde. Allmählich wurde jedoch der Aschenregen so dicht, daß sie von Schrecken erfüllt wurden.

Während des ganzen Tages herrscht fast völlige Dunkelheit in den Straßen.
Auch die Decks der Schiffe sind von einer feinen Aschenschicht bedeckt. Man schätzt, daß bereits 3000 Tonnen Asche auf Buenos Aires herniedergefallen sind. Die südlichen Vorstädte von Santiago sind von dem Aschenregen vollkommen eingehüllt.
Sämtliche Züge, die nach dem Süden fahren, sind mit Flüchtlingen überfüllt. Im Gebiet von Talca verspürte man während der Nacht drei weitere Erdstöße.

Große Flammen schlagen aus den Kratern des Descabezado Grande und des Descabezado Chico hervor. Die Einwohner von Mollan, Curico und San Fernando verlassen ihre Heimstätten. Auch San Vicente, Rengo und Rancagua werden geräumt. Der argentinische Astronom Hartmann vom Laplata-Observatorium versichert, daß die Aschewolken innerhalb von 48 Stunden Europa erreichen könnten.

Vulkanausbrüche plötzlich nachgelassen

Buenos Aires, 13. April 1932.
Die Vulkanausbrüche in Südamerika haben plötzlich nachgelassen. Die Seismologen befürchten aber gerade infolge dieser plötzlichen Beruhigung ein noch stärkeres Einsetzen der

Vulkanaktivität. Der Stadtverkehr in Buenos Aires liegt völlig danieder. Das ganze Land hat infolge des Aschenregens ein winterliches Aussehen angenommen. Die Aerzte befürchten den Ausbruch von Epidemien unter den Flüchtlingen. Durch starke Schwefeldämpfe und dichten Rauch wurden die nach dem Erdbebengebiet entsandten Beobachtungsflugzeuge zum Rückflug gezwungen.

Bisher keine Menschenverluste in Argentinien

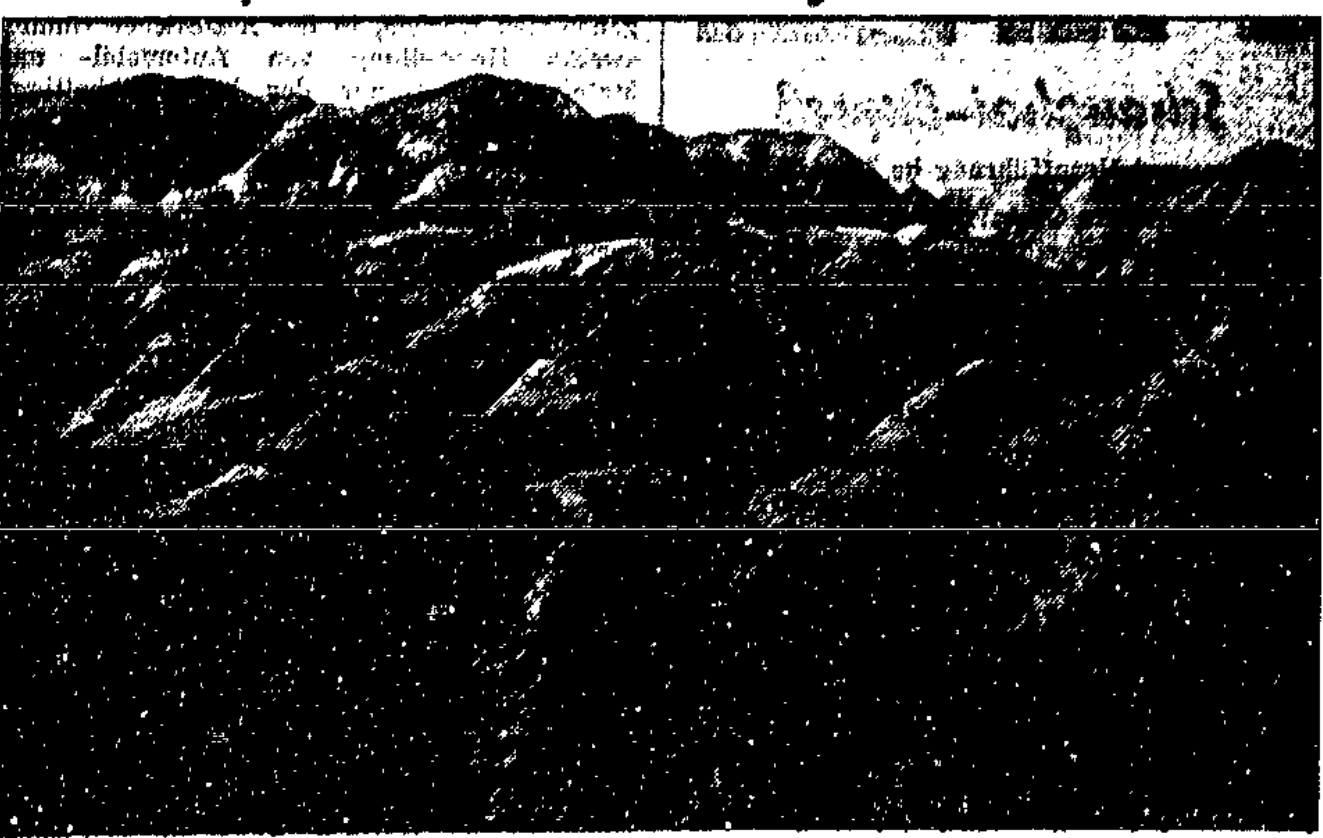
Buenos Aires, 13. April 1932.
In Buenos Aires liegt bis zu 9 cm Asche, die von heftigem Sturm aus dem Vulkangebiet herangeführt wurde. Meldungen über Menschenverluste liegen, soweit Argentinien in Frage kommt, bisher nicht vor. Ueber die Lage in Chile ist hier nichts Näheres bekannt.

Aschenregen auch über Europa?

Berlin, 13. April 1932.
Die gewaltigen Vulkanausbrüche, die zur Zeit große Teile Südamerikas in Unruhe versetzen, sind von einem Aschenregen begleitet, wie er in diesem Ausmaß seit langer Zeit nicht mehr beobachtet worden ist. Die riesigen Aschenmengen, die von den Vulkanen Tausende von Metern hoch in die Luft geschleudert werden, haben nach den aus Santiago de Chile vorliegenden Meldungen bereits Montevideo erreicht, das etwa 1300 Kilometer von dem nächsten der plötzlich in Tätigkeit getretenen acht Vulkane entfernt ist.

Es erhebt sich nun die Frage, ob es möglich ist, daß der Aschenregen bei günstigen Luftströmungen bis nach Europa gelangen kann. Fest steht, daß die außergewöhnlich feine vulkanische Asche bei großen Vulkanausbrüchen Tausende von Kilometern zurücklegen kann, sobald sie höhere Luftschichten erreicht hat. Das konnte zum Beispiel bei

Landschaftsbild aus dem Vulkangebiet der Cordilleren



Weithin ziehen sich in vegetationsloser Oede die Wellenzüge der erstarrten Lava.

dem gewaltigen Ausbruch des Krakatau im Jahre 1908 beobachtet werden. Viele Monate nach dem Ausbruch des Krakatau wurden in Europa in klaren Nächten in großer Höhe leuchtende Wolken beobachtet. Es handelte sich dabei um Aschenwolken, die noch von der Sonne beleuchtet wurden, wenn die Erde längst in nächtlichem Dunkel lag. Beobachtungen, daß vulkanische Asche nach einer Wanderung von mehreren tausend Kilometern noch als regelrechter Aschenregen die Erde erreicht, sind bisher nicht gemacht worden, denn die feinen Staub- und Ascheteilchen sind vorzügliche Wasserkondensatoren. Bleibt also die vulkanische Asche in Luftschichten, in denen eine Wolkenbildung möglich ist, so werden die Ascheteilchen schnell von Wassertropfen umgeben und infolge ihrer Schwere auf die Erde fallen. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, daß Europa diesmal nach den Ausbrüchen der südamerikanischen Vulkane von einem Aschenregen heimgesucht werden wird. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß sich in der nächsten Zeit wieder „leuchtende Nachtwolken“ über Europa zeigen, zumal die letzten aus dem Katastrophengebiet vorliegenden Meldungen übereinstimmend dahin lauten, daß der gewaltige Aschenregen unvermindert fort dauert.

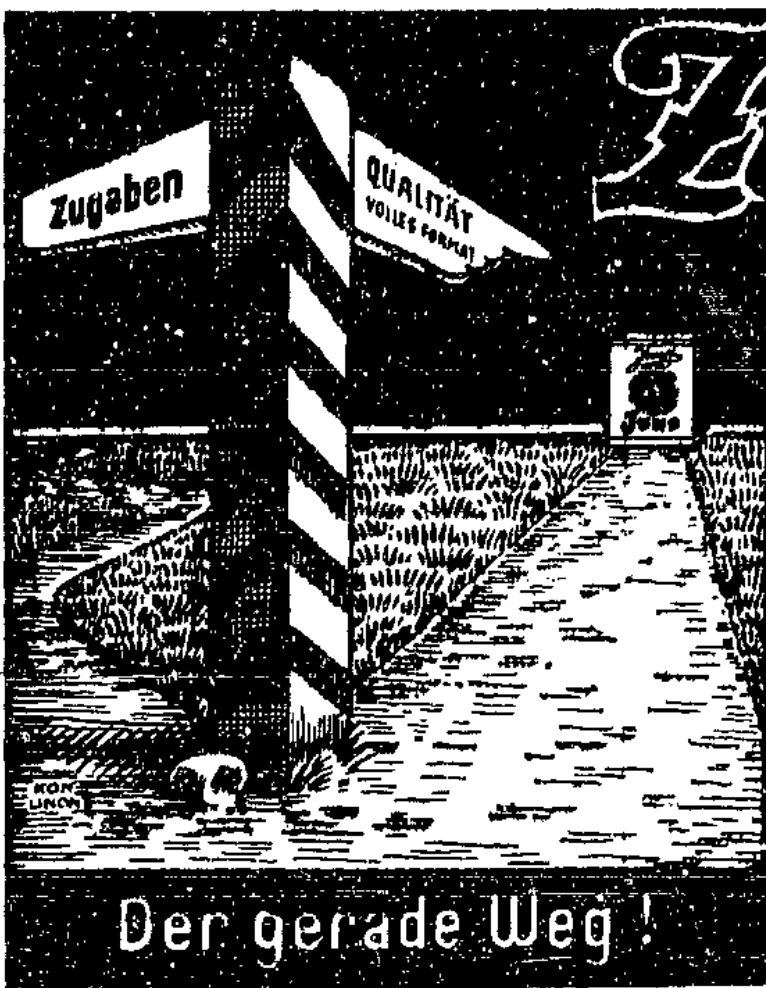
„Graf Zeppelin“ zurück

Friedrichshafen, 13. April 1932.
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf heute früh kurz nach acht Uhr von seiner zweiten Südamerikafahrt über Friedrichshafen ein. Um 8,22 Uhr erfolgte die Landung glatt.

Streit um den Schlenzenzeppelin

Berlin, 13. April 1932.
Aus Zürich wird eine Meldung verbreitet, wonach der Streit um die geistige Vaterchaft des Schlenzenzeppelins zwischen Professor Wiesinger von der Technischen Hochschule in Zürich und dem Erbauer des Schnellwagens, Diplomingenieur Kruckenberg, jetzt vom Kammergericht in Berlin zugunsten Wiesingers entschieden sei, so daß danach der Verdacht des Plagiats gegen Kruckenberg gerechtfertigt wäre.

Wie wir hierzu erfahren, sind diese Mitteilungen in dieser Form und damit auch die aus ihnen gezogenen Schlußfolgerungen unzutreffend. Dr. Kruckenberg hatte auf Grund eines in einer Berliner Tageszeitung erschienenen Artikels, der gegen ihn den Vorwurf des technischen Plagiats erhob, Klage gegen den damaligen verantwortlichen Redakteur Jonas wie gegen Professor Wiesinger erhoben, und das Landgericht hatte sowohl Jonas wie Professor Wiesinger zur Unterlassung der Behauptungen verurteilt, daß der Kruckenbergische Propellerwagen ein technisches Plagiat darstelle und daß er nach Plänen gebaut sei, die Professor Wiesinger dem Diplomingenieur Kruckenberg anvertraut hatte. Vor kurzem hatte sich das Kammergericht in der Berufungsinstanz mit diesem Rechtsstreit zu befassen. Die Klage gegen Wiesinger wurde vom 31. Zivilsenat des Kammergerichts abgewiesen, und zwar anscheinend deshalb, weil W., mit dem fraglichen Artikel nichts zu tun hatte. Dagegen wurde das Urteil des Landgerichts gegen Jonas durch Zurückweisung seiner Berufung bestätigt. Infolgedessen bleibt es bei dem Verbot der Verbreitung des Plagiatvorwurfes gegen Kruckenberg.
Die Begründung der Kammergerichtsentscheidung liegt noch nicht vor. Es ist anzunehmen, daß sie sich über die Plagiatsfrage ausführlich äußern wird.



Zugaben sind nicht umsonst,

sie müssen bezahlt werden!

Wir wählen den besseren, geraden Weg.

JUNO

die anerkannt gute 3/4 Pfg. Cigarette, verzichtet auf jede Zugabe in Form von Gutscheinen, Wertmarken oder Stickereien, um ihre hochwertige Qualität aufrecht erhalten zu können.



Das Schluchsee-Kraftwerk

Der Ausbau der Wasserkraft gehört zu den wichtigsten Problemen der modernen Elektrizitätsversorgung. Die mit der Ausnutzung der Wasserkraft für die Stromgewinnung verbundene Ersparnis an Kohle und anderen Heizstoffen bedeutet eine so starke Senkung der Produktionskosten für den elektrischen Strom, daß schon aus diesem Grunde der Bau von Wasserkraftwerken von größter wirtschaftlicher Bedeutung ist. Die mit dem Ausbau der Wasserkraft verbundene Regulierung der Flüsse und Ströme und die gleichzeitig damit verbundene Herabminderung der Uberschwemmungsgefahr ist von kaum geringerer Bedeutung.

Das Schluchsee-Kraftwerk im südlichen Schwarzwald, dessen erster Abschnitt in diesem Jahr vollendet wird, gehört zu den größten Kraftwerken Deutschlands. Es ist zweifellos eine der größten Leistungen der modernen Technik und zeigt, was menschliches Können und menschliche Arbeit vermag.

Der Schluchsee, einer der schönsten des südlichen Schwarzwaldes, liegt südöstlich vom Fellberg in 899 Meter Höhe über dem Meeresspiegel. Der Höhenunterschied zwischen dem Schluchsee und dem Oberrhein beträgt rund 600 Meter, von dem der erste Ausbau 330 Meter Gefälle ausnützt.

Um die Wasserkraft des Schluchsees und des südlichen Schwarzwaldes voll auszunützen, sind zunächst all die vielen kleinen Quellbäche, die oberhalb des Schluchsees entspringen und talwärts fließen eingefangen und einem zehn Kilometer langen Hauptkanal zugeleitet. Von diesem Kanal aus strömen die Quellen in einen Weiher und von da aus in einem offenen Kanal in den Schluchsee.

Zur weiteren Aufstauung der angesammelten Schwarzwaldgewässer wurde der Schluchsee beim Ausfluß des in den Rhein fließenden Schwarzbaches durch eine riesige 33 Meter hohe Betonmauer abgeriegelt. Dadurch wurde der Schluchsee, der bis dahin eine Fläche von etwa einem Quadratkilometer hatte, um das Fünffache vergrößert. Während früher die größte gemessene Tiefe etwas über 33 Meter betrug, staute sich das Wasser des neuen Schluchsees 29 Meter über dem früheren Wasserspiegel auf. Dadurch beträgt jetzt die größte Tiefe etwa 62 Meter. Durch den Bau des neuen Schluchseewerks ist also auch das Landschaftsbild wesentlich verändert worden, und zwar durchaus zu seinem Vorteil.

Durch diese Aufstauung steht eine gewaltige Wassermenge von nicht weniger als 108 Millionen Kubikmeter Wasser zur Arbeitsleistung zur Verfügung. Diese gewaltigen Wassermengen strömen durch einen 6 Kilometer langen Druckstollen mit 4,10 Meter innerem Durchmesser in die vier Turbinen des Kraftwerks Häusern, von denen jede 23 Kubikmeter Wasser in der Sekunde schluckt. Die von diesen Riesenturbinen betriebenen Dynamos geben eine Gesamtmaschinenleistung von 128 000 Kilovoltampere ab.

Das Kraftwerk dient aber auch gleichzeitig als Pumpwerk, um in betriebsschwachen Zeiten aus dem Ausgleichsbecken, das unterhalb des Kraftwerkes Häusern errichtet wird, Wasser

in den Schluchsee als neue Kraftreserve zu pumpen. Zu diesem Zweck sind die Dynamos mit Pumpen, die zusammen 40 Kubikmeter Wasser in der Sekunde emporzuschleudern, auf der gleichen Welle verbunden. Die Dynamos laufen dann in den betriebsschwachen Stunden als Elektromotoren und bewegen die Pumpen. Dadurch wird dafür gesorgt, daß auch in den wasserarmen Zeiten immer genügend Wasserkraft vorhanden ist, um selbst dann den Spitzenbedarf des Kraftwerks sicherzustellen. Vor der Schädigung durch Bedienungsfehler, die bei den riesigen Wasserkraftanlagen unter Umständen die ganze Maschinenanlage zerstören können, ist das Werk durch eine selbsttätige Schaltanlage geschützt.

Unterhalb des Kraftwerks Häusern wird ein weiteres Kraftwerk bei Eichholz errichtet. Es erhält seine Wasserkraft aus dem bereits erwähnten Ausgleichsbecken, das auch als Wasserspeicher für den Schluchsee dient. Dieses Ausgleichsbecken wird durch eine etwa 30 Meter hohe Betonmauer geschaffen, die das Schwarztal von neuem abriegelt. Dadurch entsteht ein zweiter See mit etwa 1,7 Millionen Kubikmeter Inhalt, dessen Wasser durch einen 2,8 Kilometer langen Druckstollen abströmen. Die von diesen Wassermengen bedienten Turbinen schlucken 14 Kubikmeter Wasser pro Sekunde und die von ihnen betriebenen Turbinen leisten insgesamt 28 000 Kilovoltampere. Auch das Kraftwerk Eichholz ist mit selbsttätiger Schaltung versehen. Es wird außerdem von Häusern aus ferngesteuert.

Das Schluchseewerk ist also eines der modernsten und leistungsfähigsten Wasserkraftwerke. Aber angesichts der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise wird es wie alle Riesenanlagen der modernen Technik kaum voll ausgenützt werden. Noch zahllose ähnliche Kraftwerke könnten gebaut werden, die vielen Hunderttausenden Arbeit verschaffen und nicht nur gewaltige neue Werte schaffen, sondern auch riesige Werte vor der Vernichtung durch Naturkatastrophen retten können. Aber so sehr auch die Arbeiterklasse und die übrige werktätige Bevölkerung dafür kämpfen muß, daß Staat und Gemeinden auf Kosten der Besitzenden solche Wege der Arbeitsbeschaffung beschreiten, zur vollen Ausnützung und Bändigung dieser riesigen Kräfte, wird erst die sozialistische Planwirtschaft imstande sein.



Schanghai-Expres

Paramount-Uraufführung im Mozarthaus

Bürgerkrieg in China! Welches Thema für den Chronisten, welches Inhalt für einen Film! Die Ereignisse, die dort abrollen, sind selbst ein Drehbuch, wie es erregender kein Filmman kann zusammenschreiben könnte. Hier wäre Gelegenheit gewesen, der Menschheit das Ringen eines Volkes vor Augen zu führen.

Aber die sozialistische Filmkunst liegt noch im Dornröschenschlaf. Darum muß sich im Expreszug, der von Peking nach Schanghai unterwegs ist, eine Geschichte abspielen, die sich ebenso im Balkan- oder Pacific-Expres hätte ereignen können. Aber China ist augenblicklich aktueller! So trägt denn der Zug in seinem Salonwagen — aufreizend wirkt es, wie sich das „Volk“ im Viehwagen zusammendrängen muß — Mustorexemplare einer gewissen Gesellschaftsschicht mit. Schanghai-Lilly, berüchtigte Abenteuerin, doch innerlich, auch kein Engel ist so rein, die edelste von allen, der strahlende englische Offizier, jedes Mädchenherz muß bei seinem Anblick höher schlagen, der Revolutionär, ein böser Chinese und die üblichen Nebenfiguren.

Daraus wird dann die gewöhnliche Liebesgeschichte gemixt; erst lieben sie sich und gehen es nicht ein, dann kommen sie doch darauf. Das Idyll wird durch seine Gefangennahme durch den bösen Chinesen gestört, sie kauft ihn frei, um den üblichen Preis, um den übliche Revolutionäre üblicherweise ihre Gefangenen freigeben. Darob verkennt er ihre Heldentat, stößt sie von sich und am Schluß liegen sie sich doch in den Armen. Haben Sie es anders erwartet?

Wenn all das noch ein wenig erträglich erscheint, dann wird dies durch die Dietrich bewirkt. Auch wenn sie keine Gelegenheit hat, diesmal ihre Beine bewundern zu lassen. Aber an der Banalität der Rolle scheltet auch sie und wird farblos und matt. Ihrem Partner Clive Brook kann man es nicht glauben, daß er einen Arzt spielt. Er sieht vielmehr wie ein amerikanischer Filmschauspieler aus. Die Nebenrollen werden übertrieben charakterisiert dargestellt. Von Sternbergs Regie zeigt, besonders in einigen Massenszenen, daß er noch Gutes leisten könnte, wenn man ihm einmal ein richtiges Manuskript in die Hand gäbe.

So fährt der Schanghai-Expres mit Luxuswagen durch die chinesische Revolution. Nun weiß man, wie ein Bürgerkrieg aussieht.

Ernst Erwin.

Kleines Feuilleton

Das Rathaus von Thorn vom Einsturz bedroht

Das altberühmte Rathaus von Thorn, das eines der herrlichsten Bauwerke der deutschen Ordenszeit darstellt, ist, wie wir soeben erfahren, durch Pfeilersenkung vom Einsturz bedroht. Man hofft jedoch durch Stützungsarbeiten das Schlimmste abwenden zu können.

Großzügiger Ausbau der Gummigewinnung in der Sowjetunion

In der Nähe von Turkestan ist unlängst eine neue Fabrik fertiggestellt und in Betrieb genommen worden, in der natürlicher Gummi zwecks Herstellung von Automobil- und Motorrad-Reifen aus der kautschukhaltigen Pflanze Tau-Sagis gewonnen wird. Technisch stützt sich dieser Prozeß auf mechanische Konzentration. Die Fabrik hat zwei Abteilungen, in der die beiden grundlegenden Prozesse, die Zerkleinerung der Wurzel und die Konzentration durchgeführt werden. Eine elektrische Station und ein Wasserwerk sind in den Bergen gebaut worden. Die Fabrik wird als Laboratorium für die Gummigewinnung ausgenutzt werden.

Chirurgie vor 20 000 Jahren

Ein Schädel, der in der Nähe von Gallia getötigt wurde, wurde unlängst bei einer Sitzung englischer Archäologen in Southampton behandelt. Der Schädel wies deutlich Spuren chirurgischer Eingriffe auf. Es gelang sogar medizinische Instrumente ans Tageslicht zu fördern, mit denen die Operationen vorgenommen worden sind. Diese naiven chirurgischen Werkzeuge sind aus Feuerstein gefertigt und haben nach den Berechnungen der Archäologen ein Alter von rund 20 000 Jahren.

Ein sensationeller archäologischer Fund

Seinen bedeutendsten Fund verdankt der berühmte schwedische Archäologe Prof. A. W. Persson einem glücklichen Zufall. Persson, der Leiter der schwedischen archäologischen Expedition in Griechenland, macht darüber folgende Mitteilung. Er traf im Lando der Argiver durch den schwedischen Wissenschaftler Dr. Bertos in Argolis auf einen großen Steinblock, der sich bei näherer Untersuchung als Eingang zum herrlichen Grabmal eines Herrschers von Mykene erwies. Eine Fülle goldener Becher, kostbarer Waffen und Siedel fand sich in dem Grabe vor. Durch diesen Fund wurde man auf eine unbekannte Kultur der ältesten griechischen Zeit aufmerksam.

Das „Vorhang“-Verbot im Burgtheater

Als einziges österreichisches Theater hat noch heute das Burgtheater das Verbot der „Vorhänge“. Künstler dürfen sich auch bei stärkstem Beifall dem applaudierenden Publikum nicht zeigen. Unter der Leitung des Direktors Röbbeling soll diese Vorschrift nunmehr in Fortfall kommen, so daß die Schauspieler in der Lage sind, wie Schauspieler an anderen Bühnen ihre Beliebtheit an der Zahl der „Vorhänge“ messen zu können.

Wikinger in der Ukraine

Ueber die in Tschernigov in der Ukraine aufgefundenen Wikingergräber macht der schwedische Altertumsforscher P. I. Arne die Eröffnung, daß die Grabstätten in ihrer Art typisch für den Kult der Wikinger seien. Die Gräber — es handelt sich um ungefähr 80 — sind quadratisch, mit Holzwänden ausgestattet und weisen eine Tiefe von etwas über einem Meter auf. Der Krieger wurde in Kriegsrüstung in das Grab gesenkt, zur Linken sein Weib, das nach Wikingerbrauch freiwillig in den Tod folgte. Nach Ansicht des Forschers haben sich die Wikinger auf ihren Zügen nicht nur als Eroberer, sondern auch als Kaufleute und Kolonisatoren erwiesen.

Der Liebesbrief auf dem Taubenei

In London gelangte dieser Tage ein seltsamer „Liebesbrief“ zur Versteigerung. Es handelt sich um ein silbernes Taubenei, das mit kunstvollen Ziselierungen versehen ist und in winziger Schnörkelschrift einen vollständigen Liebesbrief von Charles Dickens an eine Jugendliebe aufweist. Dickens hat — eine Fähigkeit, die man bisher an ihm nicht gekannt hat — die winzige Gravierschrift selbst verfertigt, wie aus einem zeitgenössischen Briefe hervorgeht. Das kleine Meisterwerk erzielte einen Rekordpreis.



Nach dem russischen Original angefertigt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Raum
Copyright by Franz Pleinert, Berlin-Wilmersdorf.

23. Fortsetzung

Aber wird man sie dafür erschießen? Wie Schilfgras bewegt sich sein Haar auf dem Kopfe. Er sieht das stille bescheidene Lächeln Lisas, Lisa als Mädchen, Lisa im Kopftuch mit Grübchen in den runden Wangen. Es war Frühling, wie jetzt, als er voll von ungeschickter Beklommenheit und ausgeweihter glücklicher Tränen, zärtlich, wie ein blühendes Mädchen, ihren rauhen zerstochnen Finger in seine Hand nahm und in ihre feuchten grauen Augen blickend, ihr sagte:

„Lisotschka! Wollen wir zusammen leben, zusammen kämpfen und leiden und uns lieben, wie Mann und Frau!“

Wie lange, ach, wie lange ist es nun her! Sudins Schultern senken sich in Erinnerung an alte Gefühle.

Und später? Hat er später sein Wort auch gehalten?

Nein, er erkannte, daß er sich getäuscht hatte. Lisa erwies sich als eine treue und zärtlichliebende Frau, doch als nichts mehr. Er hatte es vergessen, daß hinter ihr Jahrtausende wortloser Sklaverei lagen, und war ihr ein ebenso die Frau frech beherrschender Mann gewesen. War sie denn imstande gewesen, alle seine Gefühle, die Freuden und Leiden seines Kampfes zu verstehen, als das Kochen, das Kindergeschrei und die ganze winzige Welt ihres armseligen Winkels ihr zum Käfig wurde, den das grausame Meer des Lebens so schmerzlich hin und her warf. Er ist geschwommen. Er hat gekämpft mit aufgekämpften Aermeln und dem Stahl seiner grauen Augen. Zu Lisa kam er nur, um aufzuatmen, zu essen, zu trinken, und seine kleinen Gören sich anzusehen, die mit

ihren runden naiven Aeuglein nach Papa schauten und die Hände nach ihm streckten. Er entfernte sich von ihr immer weiter und weiter, und Lisa blieb einsam allein stets auf dem gleichen toten faulenden Platz... Ihre Wangen wurden immer welker und welker, der Glanz ihrer Augen erlosch, und ihr Rücken krümmte sich von Arbeit. Er hatte sie betrogen, und je weiter es ging, um so tiefer wuchs der Betrug. Wie hat er das nur jetzt so klar erkannt, so deutlich, daß er sie grausam und schamlos betrogen, daß er ihre Hilflosigkeit, ihre weibliche Dummheit, ihre weibliche Liebe mißbraucht hat? Die Symphonien der märchenhaften Liebe, von denen er geträumt, sind klägliche Leierkastenmelodien geworden.

Und wenn man sie jetzt zum Erschießen hinführen wird — er, nur er, ist ihr Mörder! Sein Hals zittert vor Mitleid und Schmerz.

Aber konnte er anders handeln? Sollte er seinen Kampf und sein Leiden für das Glück der ganzen Menschheit vertauschen gegen die Sorge um das liebende Weibchen? Hat er nicht ohnehin schon einen zu teuren Preis dafür bezahlt, daß er sich an eine Familie gebunden, hat er nicht wegen des Wimmerns der hungrigen Kinder — Arbeiter sollten überhaupt keine Kinder besitzen! — so oft den Arm, den er zum Schlage ausgestreckt hatte, beschämt sinken lassen, hat er nicht mit niedergeschlagenen Augen den Hammer zur Arbeit erhoben, über sich fühlend die spottende, grinsende Fratze der Not? Wer ist schuld? Er, der unersättliche, aufgeblähte Moloch, der im Hirn und im Blut sitzt. Oh, wie möchte er sich in eine kleine... kleine... Biene?... Kugel?... nein, in eine kaum sichtbare Nadel verwandeln, um unmerklich zu verschwinden und das triumphierte Ungeheuer in die Mitte seines Gehirns zu treffen, das wie ein aufgeblasener Ball mit einem Zischen plötzlich zerplatzt unter dem lustigen Lachen der befreiten, der freudigen Menschen.

Kindische Bilder! Die Sache ist ernster! Lisa ist trotz allem verloren!

Aber wenn sie kein Gold genommen hat? Sudin erhebt sich vor Freude und geht zum Fenster. Soll sie dafür grausam bestraft wer-

den, daß sie Strümpfe angenommen hat, Schokolade, weil sie nichts von Politik versteht und eine liebende Mutter, eine Frau blieb, die ihrem Manne gefallen will? Der verfluchte, verhexte, unentrinnbare Kreis! Wie klang das auch bei der Vernehmung:

„Ohne mein Wissen!“

Was heißt das: „ohne mein Wissen“... Da er es erfahren hatte und sich mit einem Verweis begnügte, so hat er es genommen und nicht die Frau. Wie konnte er nur so blödsinnig reden? Hatte er Angst vor sich selbst bekommen? Er muß ihr gleich schreiben, damit sie es weiß und beim Verhör diesen Fehler richtigstelle.

Aber er erinnert sich, daß der Brief durch die Hände Schustrys gehen wird. Und es ist so ärgerlich, daß man wieder Listen und Ausreden braucht. Vor wem? Vor Genossen, mit denen er sein Lebtag gearbeitet hat. Er senkt die Augen und betrachtet den Staub auf dem Fußboden. Dann blickt er wieder zum Fenster hinaus und sieht den azurblauen Himmel, die weißen weichen schwimmenden Eisblöcke, die gelben Häuschen auf dem gegenüberliegenden Ufer, in deren Fenster die untergehende Sonne mit ihren Küssen spielt. Er blickt auf die Uhr am Arm.

Der Teufel weiß es, schon sechs! Schustry ist wohl schon gekommen und kann gleich weggehen. Er will sich mit dem Brief an Lisa beileben.

Was soll er denn schreiben? Wie soll er es schreiben? Oder soll er ihr gar nicht schreiben? Mag alles weiter fließen, so ruhig und mächtig wie dieser sich dehnende Fluß, der keine Gesetze und keine Ziele kennt. Ihn wärmt die Sonne, doch grimmig rollt er seine Wogen, und kommt dann die Nacht, die blaue, beruhigt er sich und erstarrt in Beschämung.

Aber er wird ja nicht so bald nach Hause zurückkehren, vielleicht niemals mehr. Was wird sie denken, die Arme, allein mit den Kindern? Wenn lästernde Zungen ihr Geifer ins Gesicht spritzen werden über ihn, über Gold, über Weine und über Liebsten? Was steht ihr noch bevor, welche Gedanken, Erlebnisse! Wozu diese überflüssigen, bohrenden Qualen, die man

so leicht von ihrem leidenden Herzen nehmen kann?!

Sudin setzt sich an den Tisch und schreibt entschlossen:

„Liebe Lisa!

Ein blödsinniger Zufall und die Untersuchung betreffs irgendwelcher Verbrechen seitens Pawlow und Walz werden mich auf einige kurze Tage unter Hausarrest im Vollzugskomitee zurückhalten. Rege Dich nicht auf und mache Dir keine Sorgen! Ein Haufen unsinniger Beschuldigungen, betreffend irgendwelchen Weins, Gold und sogar Liebesintrigen werden wie Rauch verwehen. Man muß munter und geduldig sein. Sei nicht traurig, halte Dich aufrecht und küsse die Kinder! Die Walz hat die von uns angenommenen Strümpfe und Schokolade hineingezogen. Das ist natürlich alles reiner Unsinn.

Ich küsse Dich fest, fest. Auf baldiges Wiedersehen.

Dein Alexej.“

Man muß lügen, frech lügen — und beschließt er und macht einen Punkt. Faltet den Brief zusammen wie ein Pulverkuvertchen und bittet den Posten vor der Tür, den Sekretär zu rufen. Der Posten macht einige ungeschickte Schritte und klopft an eine Tür. Nach langem ermüdenden Warten erscheint endlich ein Bote.

„Übergeben Sie doch bitte den Brief sofort dem Sekretär des Genossen Ignatjew! Er ist sehr eilig.“

Der Bote nickt und entfernt sich. Sudin bleibt stehen wie ein Markstein am Kreuzwege und betrachtet teilnahmslos die roten Flügel der Abenddämmerung, die sich über den blaugrauen Nebeln auf dem Fluße erheben.

Stärkt unsere Presse!

Kauft Gutscheine!

Prolet, greif zu!

Öffentliche Wählerversammlungen der SAP

Westdeutschland

- 15. April: **Harmen-Heckinghausen** bei Richter, Werlestr. 1. Ref.: Gen. Rosen dahl-Ratingen. Beginn 20 Uhr.
- 18. April: **Ronsdorf**, Meisterscher Saal, Renscheider Str. Ref.: Gen. Karl Frank-Berlin. Beginn 20 Uhr.
- 20. April: **Elberfeld** bei Kramer, Karlstr. 30. Ref.: Gen. Karl Zöllig-Düsseldorf. Beginn 20 Uhr.
- 22. April: **Unterbarmen**, Gewerkschaftshaus. Ref.: Gen. Lohoff-Bochum. Beginn 20 Uhr.
- 17. April: **Lintorf** im Lokal Pfönns. Ref.: Gen. S. Katzenstein-Düsseldorf. Beginn 11 Uhr.
- 17. April: **Hösel** im Lokal van der Berg. Ref.: Gen. J. Biergans. Beginn 11 Uhr.
- 19. April: **Ratingen** im Saal Roßembroich, Mülheimer Str. Ref.: Gen. Frank-Berlin.

Norddeutschland

- 15. April: **Hamburg und Altona** in Riicks Gesellschaftshaus, Altona, Hamburger Str. 6-20. Ref.: Gen. Rosenfeld-Berlin. Beginn 20 Uhr. Parteiverstände von SPD und KPD sind eingeladen.

Pommern

- 14. April: **Bahn**, Lokal Schützenhaus. Ref.: Fritz Lamm. Beginn 20 Uhr. — **Fraendorf-Gotzlow**, Lokal Tiemann. Ref.: Gen. H. Reich-Berlin. Beginn 20 Uhr.
- 15. April: **Pyrütz**, Lokal „Neue Welt“. Ref.: Gen. Fritz Lamm. Beginn 20 Uhr. — **Pommernsdorf**, Borchards Festsäle. Ref.: Gen. H. Reich-Berlin. Beginn 20 Uhr.
- 16. April: **Daher** (Kr. Ngd.), Lokal Kohlhoff. Ref.: Gen. Fritz Lamm. Beginn 20 Uhr. — **Stolzenhagen**, Lokal Lübecke. Ref.: Gen. H. Reich-Berlin. Beginn 20 Uhr.
- 17. April: **Freienwalde**, Marktplatz. Ref.: Gen. Fritz Lamm. Beginn 15 Uhr. — **Greifenhagen**, Schützenhaus. Ref.: Gen. H. Reich-Berlin. Beginn 10 Uhr.
- 18. April: **Stargard**, Schützenhaus. Ref.: Gen. H. Reich-Berlin. Beginn 20 Uhr.

Bruchhof (Palz)

Der „Pfälzischen Freien Presse“ zur Antwort. Am Dienstag brachte die „Pfälzische Freie Presse“ einen Artikel in großer Aufmachung: „Flucht aus der SAP“. Der Artikelschreiber befaßte sich mit einem Brief von einem gewissen „Hans Schönzart“, der aus der „Leipziger Volkszeitung“ entnommen ist. Ueber den Inhalt des Briefes brauchen wir uns nicht weiter zu beschäftigen, das hat unsere Tageszeitung schon gründlich besorgt. Eines möchten wir nur dazu bemerken. Fällt es den SPD-Zeitungslesern nicht auf, daß man einen solchen Einzelfall in Deutschland in solch großer Aufmachung durch die SPD-Presse von ganz Deutschland laufen läßt? Im allgemeinen hätten wir ja von diesem Artikel keine Notiz genommen, wenn nicht von einem Genossen, der uns mit seinen albernen Ausdrücken verrät, daß er aus Kaiserslautern stammt, ein Kommentar mit folgendem Inhalt angefügt worden wäre:

„Was sagen die einstigen Mitstreiter und Genossen aus Bechhofen und Bruchhof zu der vernünftigen Stimme ihres jetzigen Parteifreundes? Schlägt auch nicht ihnen bald das Gewissen! Die deutsche Arbeiterschaft braucht politische Kämpfer, keine Eigenbrötler.“

Die Antwort wollen wir ihm nicht schuldig bleiben. Wenn der Verfasser denkt, daß mit Schlagworten Eindruck bei den Genossen von Bruchhof und Bechhofen gemacht werden kann, so ist er gründlich auf dem Holzwege. Gerade deshalb, weil wir wissen, daß die deutsche Arbeiterklasse Kämpfer braucht, sind wir nicht gewillt, unsere Kraft für eine Sache zu verschwenden, die innerlich faul und raorsch ist. Wir wollen nicht mit Groener und nicht mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg gehen. Wir glauben heute noch an die Leitsätze von Karl Marx: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Wir sind auch schon längst zu der Erkenntnis gekommen, daß die Partei von Noske, Sklarek, Barmat, Dreger usw. mit der Partei von Bebel und Liebknecht nichts mehr gemein hat. Es ist eine geradezu naive Auffassung, wenn der Verfasser des Artikels glaubt, wir reagieren auf die faule Begründung eines Junggenossen von seinem Austritt aus der SAP, der erst vor kurzer Zeit noch die Schulbank drückte oder gar erst vor nicht langer Zeit die erste heilige Kommunion empfing, während die meisten unserer Genossen schon Jahrzehntlang gewerkschaftlich, politisch und kulturell organisiert sind, was ja dem Verfasser nicht unbekannt sein dürfte.

Würzburg

Der Obergereifte Hans Richter kam in der Dienstagnacht zu spät vom Urlaub zurück. Er wollte über die Mauer der Kaserne steigen und wurde dabei von dem Posten der Maschinengewehrkompanie angerufen. Als er nach wiederholtem Anruf nicht antwortete, gab der Posten, der annahm, daß es sich um einen Einbruchversuch handelte, seiner Dienstvorschrift entsprechend, Feuer. Richter wurde auf der Stelle getötet.

Volkshochschulen und Arbeitsdienst

In den Programmen der Volkshochschulen steht ungefähr folgendes: „Die Schule will dem jungen Menschen den Blick für die Zusammenhänge unseres gesellschaftlichen Lebens weiten. Die Schüler sollen verstehen lernen, was die wesentlichen Kämpfe des Lebens sind. Der Mensch, der in Familie und Beruf keine volle Lebenserfüllung findet, soll die Aufgabenwelt der Arbeiterbewegung erkennen.“ Das schrieb man zum Programm, und es kamen die Schüler freudig und so zahlreich, daß man nicht genug Platz hatte, um sie unterzubringen. Auch der finanzielle Erfolg blieb nicht aus. Parteien, Gewerkschaften, Regierungen der Länder und die Städte versäumten ihre Hilfe nicht. Selbst die Kirche versäumte nicht, hier ihren Einfluß auszuüben. In dem Moment, wo man von jeder Seite Hilfe annahm, war es um die nötige Unabhängigkeit geschehen. Auf der einen Seite hieß es: „Wir wollen den jungen Arbeiter das nötige Verständnis für die wesentlichen „Kämpfe“ des Lebens beibringen“; doch in religiösen Wochen- oder Monatsheften schrieben dieselben Leute: „Wir wollen die jungen Arbeiter, ohne daß es ihnen bewußt wird, Gott näherbringen.“ Das auf eine kurze Formel gebracht, heißt: „Von welcher Seite die finanziellen Mittel auch kommen mögen, wir nehmen sie gern an.“ Diese Stellungnahme konnte auf die Dauer nicht unbekannt bleiben, dazu kam, daß durch die ungeheure Krise die Quellen versiegten. War die Volkshochschularbeit in einen Zwiespalt geraten, mußte sie Mißerfolg auf Mißerfolg buchen, so hätte das noch nicht zu ihrem Ende führen müssen. Erst die ungeheure Arbeitslosigkeit gab ihr den Hauptstoß. Einige Schulen waren schon an ihrem Ende angelangt. Da bietet auf einmal der freiwillige Arbeitsdienst „ungeahnte“ Möglichkeiten. „Ungeheuer schwer fiel uns der Entschluß, zum freiwilligen Arbeitsdienst überzugehen.“ Aber an anderer Stelle heißt es: „Der freiwillige Arbeitsdienst entspricht dem tieferen Interesse der arbeitslosen Jugend.“ Was braucht einem schwerzufallen, wenn es dem tieferen Interesse entspricht? Dem tieferen Interesse der Jugend entspricht etwas ganz anderes als gerade freiwilliger Arbeitsdienst.

Die Volkshochschulen sind aus der Erkenntnis entstanden, daß dem jungen Arbeiter mit dem Beruf allein nicht gedient ist. Also etwas für den jungen Menschen tun, was seinem tieferen Interesse entspricht! Gerade weil der junge Mensch viel zu viel in seinem Beruf steckt und seinen geistigen Kräften ein zu begrenzter Rahmen gegeben war, dem jungen Arbeiter fehlt die Möglichkeit zur Entfaltung im beruflichen wie im geistigen Leben, denn in den meisten Fällen erschöpft sich der Beruf in einer einzigen Handlung und die Möglichkeit zur geistigen Schulung bestand in der Lektüre von ein paar Büchern. Welcher Beruf erfüllt denn heute einen Menschen ganz? Keiner! Es ist ein großer Unsinn, wenn man schreibt: „Das Leben ist undenkbar ohne ein

gewisses Quantum Arbeit täglich.“ Wir leben doch nicht, um unbedingt zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben! Nicht Arbeit allein macht uns glücklich! Wir leisten sie gerne, wenn der finanzielle Erfolg nicht ausbleibt! Der menschlichen Gesellschaft gegenüber haben wir ungleich mehr Pflichten als Rechte.

Fast alle Volkshochschulen waren schon — solange sie bestehen — „Hochschulen des Reformismus“ und sind absolut keine Institutionen, die dem Arbeiter das Verständnis für die wesentlichen Kämpfe des Lebens beibrachten. Mit dem Rückzug der Sozialdemokratie hielten die Volkshochschulen noch nicht einmal schritt, sondern waren hier immer um einige Nasealängen voraus.

Grundsätzlich gegen die Volkshochschulen eingestellt zu sein, ist falsch, denn, richtig gehandhabt, hätten sie zu wahren „Eliteschulen“ werden können!

Es wäre noch einiges gegen den „freiwilligen Arbeitsdienst“ selbst zu sagen. Der junge, abhängige Mensch flieht aus der Monotonie des Alltags, um auf der Volkshochschule in gewisser Freiheit zu leben, und nicht zuletzt, um etwas zu lernen. Doch sein Idealismus bekommt einen gehörigen Dämpfer, wenn er freiwillig in der Unfreiheit landet. Er hofft, der Arbeitsdienst gehe so nebenher nicht auch Arbeitsdienst, sondern fast nur Arbeitsdienst! Die geistige Schulung kann nur neben täglichem Straßenbau und anderen schweren Arbeiten in Teelöffeln gereicht werden, denn der Tag hat selbst auf Volkshochschulen nur 24 Stunden. 6 Stunden Arbeitsdienst, 2 Stunden Arbeit auf eigenem Gelände der Schule (Garten, Feld und Haus), 3 Stunden für die täglichen Mahlzeiten und Atempausen füllen den Tag schon, und rechnet man bei schwerer Arbeit 8 Stunden Schlaf und nur 2 Stunden Freizeit für den Schüler, so verbleiben nur 3 Stunden für geistige Bildung. Welche Aufnahmefähigkeit der Schüler dann noch hat, wird man sich leicht vorstellen können. Hat die Schule einmal den Arbeitsdienst eingeführt, kann sie nicht mehr zurück.

Der Kampf um die finanziellen Mittel läßt auch schwer eine Spekulation zu. Man rechnet auf die Hilfe der Gewerkschaften und vergißt, daß die Jugend den freiwilligen Arbeitsdienst ablehnt, weil er dem tieferen Interesse der Jugend widerspricht. Die Jungarbeiter werden einfach die Volkshochschulen des Reformismus nicht mehr besuchen!

In den meisten Volkshochschulen (wie in sogenannten Volksbildungsinstituten überhaupt) wird ängstlich vermieden, sich mit der SAP auseinanderzusetzen. Denn gegen Weg und Ziel der SAP zu sprechen, fällt auf den schwer und würde notwendigerweise die eigene reformistische Einstellung kraß beleuchten. Würde man bei der SAP Geld vermuten, so wir mehr Sympathien.

Frankfurt am Main

Unheilbar, durch die Schuld des Wohlfahrtsamts? Ein Fürsorge-Unterstützungsempfänger kam auf Kosten des Wohlfahrtsamtes in ein Heim. Das Wohlfahrtsamt zog ihm daraufhin die gesamte Rente ein. Der Spruchauschuß des Versicherungsamtes entschied nun, daß nur die Beschlagnahme der halben Rente zulässig sei. Das Wohlfahrtsamt muß dem Kläger 116,44 M. zurückerstatten. Hierbei kam auch zur Sprache, daß der Mann durch das bürokratische Verhalten des zuständigen Beamten gesundheitlich außerordentlich geschädigt wurde. Der Mann litt an einer Aderskrankung. Sie wäre durch salzfreie Kost heilbar gewesen. Trotz Protest überwiegen man den Kranken in das Heim nach Camberg. Eine Diät war in diesem Heim nicht durchzuführen. Der Kranke kam noch nach verschiedenen Krankenanstalten, die alle für die Art der Krankheit ungeeignet waren. Heute ist er nach dem Zeugnis der medizinischen Klinik des Städtischen Krankenhauses nicht mehr zu heilen. Denn infolge falscher Behandlung ist die Ader vernarbt. Was macht's! Es ist ja nur ein Wohlfahrts-Erwerbsloser.

Vom Spruchauschuß. Ein Mitglied der Allgem. Ortskrankenkasse bezog 26 Wochen lang Krankengeld. Nachdem es ausgesteuert wurde, wurde ihm weitere Heilbehandlung gewährt. Als nach einigen Monaten vom Arzt eine Erholungskur beantragt wurde, lehnte die Krankenkasse es ab, Heilbehandlung zu gewähren. Der Versicherte erhob Einspruch. Das Versicherungsamt erklärte, die Kasse sei nach dem Gesetz im Recht.

Stegmann legt Revision ein. Der Schlosser Gustav Stegmann, der wegen Totschlages an der Prostituierten Grevenig zu acht Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, hat gegen das Urteil Revision einlegen lassen.

Arbeitsmarktlage. Am 16. März 1932 waren im Arbeitsamtsbezirk Frankfurt a. M. 87 558 Arbeitssuchende gemeldet. Bis zum 31. März kamen 5660 Arbeitssuchende hinzu und sind 8062 Arbeitssuchende abgegangen, so daß am 31. März 1932 noch 85 056 Arbeitssuchende verfügbar waren. Unter dem Abgängen befanden sich 261 Fürsorgeamtsunterstützungsempfänger, welche in Verbindung mit dem Städtischen Fürsorgeamt in Arbeit vermittelt werden konnten. Auf Groß-Frankfurt entfallen 65 945, und zwar 48 427 männliche und 17 518 weibliche Arbeitssuchende.

Unsere Schutzbandversammlung. Der Schutzbund veranstaltete eine Kundgebung im

alten Gewerkschaftshaus mit dem Genossen Frank-Berlin als Redner. Die Versammlung war gut besucht. Vor allem die Jugend war stark vertreten. Vor und nach dem Referat führte die KPO-Jugend, Offenbach, je eine Revue auf. Genosse Frank setzte sich kritisch mit der KPD- und SPD-Politik auseinander und verwies auf die Notwendigkeit, das Proletariat wehrhaft zu machen.

Düsseldorf

In einer öffentlichen Versammlung am Montag, 18. April, 20 Uhr, spricht im Ritteraal der Tonhalle unser Parteivorsitzender Kurt Rosenfeld, M. d. R., Berlin, über das Thema: „Arbeiterfront gegen Faschismus“. Diese Versammlung muß zu einem wuchtigen Auftakt für den Preußenwahlkampf werden. Alle Genossinnen und Genossen haben die Pflicht, für einen starken Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Außerdem finden in folgenden Stadtteilen Wählerversammlungen statt: Sonntag, 17. April: Rath: Lokal Merks, Rother Kreuzweg, 10 Uhr. Gerresheim: Lokal „Zur Krone“, 10 Uhr. Es spricht der Landtagskandidat Genosse Willi Decker, Dortmund. Oberkassel: 10 Uhr, im Lokal Hübsch, Am Handweiser, mit Genosse Frank, Berlin. Genossen! Sorgt für guten Besuch auch dieser Versammlungen. Der Eintrittspreis für die Stadtteilversammlungen beträgt 10 Pf.

In der letzten Holzarbeiterversammlung wurden die Anträge zum Verbandstag in sachlicher Form erledigt. Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag wurde auf den 18.4. festgesetzt. Genosse Winkelhock teilte mit, daß dem Arbeitsekretär Hauck vom Vorstand des ADGB gekündigt wurde. Alle Diskussionsredner waren der Auffassung, daß das Arbeitsekretariat in seiner jetzigen Form unter allen Umständen erhalten werden müsse. Zu einem diesbezüglichen Antrag erklärte Genosse Winkelhock, daß er nicht das Recht habe, darüber abstimmen zu lassen. Als die Kollegen dagegen protestierten, verließ er demonstrativ den Saal. Wir erwarten von den Gewerkschaftskollegen aller anderen dem ADGB angeschlossenen Verbände, daß auch sie zu dem Beschluß des ADGB-Vorstandes Stellung nehmen.

Ratingen

Chorkonzert des Volkschors. Wir weisen an dieser Stelle ganz besonders auf das Samstag, 16. April, im „Ratinger Hof“ stattfindende Chorkonzert des Arbeitergesangvereins „Volkschor“ hin und eruchen die organi-

sierte Arbeiterschaft um recht zahlreichen Besuch. Der Eintrittspreis ist, entsprechend den heutigen Verhältnissen, äußerst niedrig gehalten.

Hörde

Siegesfeier für Hindenburg. Am Montag hingen drei schwarz-rot-goldene Fahnen am Fenster des ehemaligen Konsumverwalters. Wir empfehlen dem Genossen, am Montag, dem 26. April, die schwarz-weiß-rote Fahne herauszuhängen.

Magdeburg

Bei einer unvermuteten Revision bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Seehausen, Kreis Wanzleben, wurden größere Unterschlagungen des Geschäftsführers Paul Kaiser festgestellt, die bis zum Jahre 1928 zurückreichen. Kaiser, der in seiner Wohnung in Magdeburg verhaftet wurde, gestand seine Verfehlungen ein und wurde, da kein Fluchtverdacht vorlag, zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt. Später wurden er, seine Frau und sein zweijähriges Töchterchen in der Wohnung tot aufgefunden. Kaiser hat durch Einatmen von Gas Selbstmord verübt und seine Frau und sein Kind mit in den Tod genommen.

Arnstadt

„Die Arbeitsvermittlung ist unparteilich.“ So steht es auf dem Plakat des Arbeitsnachweises. Der Arnstädter Arbeitsnachweis unter Vorsitz des Regierungsrats Nugel huldigt allerdings diesem Grundsatz nicht. Machen sich auf dem Arbeitsnachweis selbst Einstellungen notwendig, so müssen die Einzelstellenden Mitglieder des Gesamtvereins sein, dessen Vorsitzender der zweite Vorsitzende des Arbeitsnachweises Herr Ackernagel ist. Nur die älteren Angestellten sind Sozialdemokraten. Denn unter der Leitung des früheren Wohlfahrtsdezernenten Heer mußte jeder zur Einstellung kommende Mitglied der SPD sein. Nach dem gleichen Verfahren handelt der Arbeitsvermittler Pabat, der selbst Mitglied der SPD ist (sonst wäre er ja nicht von seinem Parteigenossen Heer zum Arbeitsvermittler bestellt worden und müßte heute noch mit Zigarren und Bessen handeln) und strammer Reichsbannermann. Es werden bei eventuellen Vermittlungen SPD-Mitglieder und Reichsbannerleute bevorzugt. Vor einiger Zeit wurden auch einige Metallarbeiter von Pabat nach der Saalelasperrre vermittelt, die natürlich Genossen und Kameraden des Arbeitsvermittlers Pabat sind. Obwohl in derselben Branche eine Anzahl Arbeitssuchender vorhanden ist, die länger arbeitslos und eine große Familie zu versorgen haben. Herr Pabat brachte es noch fertig, seine Genossen mit besonderen Empfehlungen an den Regierungsrat Ludwig, Vorsitzender des Arbeitsnachweises der Saalelasperrre, der nach den Worten des Herrn Pabat sein Parteigenosse ist. An den Vorsitzenden des Arnstädter Arbeitsnachweises richten wir die Anfrage, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um solche Bevorzugung bestimmter Leute in Zukunft zu verhindern. Ist Herr Regierungsrat Nugel bereit, nur solche Beamte als Arbeitsvermittler zu beschäftigen, die wirklich unparteilich bei vorkommenden Arbeitsmöglichkeiten die Arbeitssuchenden behandeln? Wenn nicht, werden wir gezwungen sein, an anderer Stelle die Beschwerden der Arnstädter Arbeitslosen vorzubringen. Damit endlich einmal wirklich bei vorkommenden Einstellungen unparteilich gehandelt wird.

Zeltz

Die gemeinsam einberufene Erwerbslosen-Versammlung in Zangenberg war durch „höheren“ Befehl der KPD-Bezirksleitung aufgelöst worden. Kurz darauf wurde sie wiederholt unter Führung der SAP. 54 Teilnehmer waren anwesend. Unser Genosse Agricola legte überzeugend die Einheitsfronttaktik der KPD und die gegenwärtige politische Lage dar. In der Diskussion sprach der „zufällig“ anwesende Genosse Heinz Schmidt (KPD). Wer ihn von seiner früheren Tätigkeit in der SPD und SAP kennt, muß mit Erstaunen feststellen, daß er heute die sture und dogmatische Parteilinie der KPD bis auf den i-Punkt gutheißt. Wenn er seine Ausführungen über die „konterrevolutionäre“ Gewerkschafts- und Einheitsfrontpolitik der SAP konsequent fortgesetzt hätte, dann hätte er auch die KPD als konterrevolutionär bezeichnen müssen. Jene KPD-Funktionäre in Zeltz, die heute noch in den Gewerkschaften sind, werden von der Gewerkschafts-Bürokratie nicht ernst genommen, kämpfen nicht, sind also „konterrevolutionär“! Genosse Agricola konnte im Schlußwort diese die Arbeiterschaft schädigenden Anschauungen treffend widerlegen. Der Abend verlief in voller Disziplin. Möge das in allen kommenden Versammlungen auch der Fall sein, für die revolutionäre Arbeiterschaft wird das nur von Nutzen sein.

Donnerstag und Freitag finden die Haushaltberatungen im Stadtparlament statt. 1½ Millionen ungedecktes Defizit, trotz fünf-facher Bürgersteuer werden präsentiert. Wir werden darüber noch berichten.

Organisationsnachrichten

SAP, Unterbezirk Dortmund: Radfahrer: Sonntag, 17. April, Agitationstour nach dem Sauerland. Treffpunkt 7 Uhr, Postamt Hörde. Alle Genossen mit Fahrräder sind verpflichtet, teilzunehmen. Lampe mitbringen.

SAP Ratingen: Mitgliederversammlung, Freitag, 15. April (nicht Samstag, 16. April), 20 Uhr, Bericht vom Reichsparteitag, Wahlvorbereitungen. Sämtliche Mitglieder der Partei, des Schutzbundes und des SJV müssen erscheinen.

SJV Gera: Freitag, 15. April, im Gasthaus „Zum Adler“, öffentliche Jugendversammlung von SJV und KJO. Referenten: H. Scheler-Titus, Jena, und P. Matthei, Gera. Wir treffen uns 19 Uhr im „Adler“.

Sportschau der SAZ

70 Jahre Volkssport Wedding

Der größte Verein des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im Berliner Norden, Volkssport Wedding E. V., begeht in dieser Woche die Feier seines 70-jährigen Bestehens.

Nach dem 2. Deutschen Turnfest 1861 in Berlin erfolgte am 22. April 1862 im Apfelweingarten in der Müllerstraße 168 die Gründung der Turngenossenschaft Wedding. Mit primitiven Geräten wurden die ersten Übungsstunden beim dürftigen Scheln einiger Papierballons abgehalten. Durch die Opferwilligkeit der Weddingler war es dann bald möglich, den Platz fast vollständig mit Geräten auszustatten. Im Winter mußten die Übungsstunden ins Vereinszimmer verlegt werden, da die Turnhallen von Vereinen nicht benutzt werden durften. Erst nach dem Kriege 1870/71 gab man einige Schulturnhallen frei. Seit 1886 turnt der Verein in der schönen großen Halle des Lessinggymnasiums in der Pankstraße 18.

Im Jahre 1890 gründete der Turnverein Wedding die erste Frauenabteilung in Berlin, aus der im Laufe der Jahre vier Abteilungen für Sport und Turnen gebildet werden konnten, in denen Frauen und Mädchen jeder Altersstufe Leibesübungen treiben können. Insgesamt bestehen heute zwölf Abteilungen im Verein, in denen unter fachkundiger Leitung Turnen, Gymnastik, Leichtathletik, Handball, Wandern und Schwimmen betrieben werden. Ein neuzeitlicher, moderner Übungsbetrieb läßt allen Mitgliedern vom Kleinkind bis zum Altersturner die Freuden der körperlichen Betätigung zukommen und schafft Gesundheit, Frohsinn und Lebensmut, die ja heute besonders notwendig sind.

Die Weddingler Sportgenossen verbinden mit dem Jubiläum eine großartige Werbeaktion. Den gutgelungenen Hallen-Workshops am Montag und Dienstag, die sich vor allem mit den Leibesübungen der Kinder und Frauen befassen, schließen sich heute um 20 Uhr in der Turnhalle des Lessinggymnasiums, Pankstraße 18 ein Hallentraining der Leichtathleten und morgen eins unter dem Motto „Turnen ist die beste Medizin“ an. Im Lessinggymnasium hat man gleichzeitig eine Ausstellung für Leibesübungen aufgebaut, die bis zum Freitag, dem 15. täglich von 17 bis 22 Uhr geöffnet ist und die viel Sehenswertes und Interessantes bringt. Für alle diese Veranstaltungen wird kein Eintrittspreis erhoben.

Eine große Festveranstaltung am Sonnabend, dem 16. April im großen Saal der Germania-Prachtstraße, Chausseestraße 110, wird die Jubiläumswoche der Weddingler Sportgenossen abschließen.

Arbeiter-Wasserball in Deutschland

Nach den neuesten statistischen Erhebungen spielen im Arbeiter-Turn- und Sportbund Deutschlands insgesamt 1064 Mannschaften Wasserball. Sie verteilen sich auf: 184 Kinderwasserballmannschaften, 30 Frauenwasserballmannschaften, 260 Jugendwasserballmannschaften, 142 Männer-A-Mannschaften, 382 Männer-B-Mannschaften und 65 Pushballmannschaften (Frauen).

Die Zahl der gemeldeten Wasserballspieler belief sich für das Jahr 1931 auf 6638, davon sind 92 Meisterschafts-, 806 Serien- und 4740 Freundschaftsspieler. Das ergibt einen starken Spielbetrieb der Schwimmer, bei dem zu bedenken ist, daß ein sehr großer Teil der Schwimmvereine ihren Übungs- und Spielbetrieb nur im Sommer durchführen kann.

Vormarsch in Belgien

In den letzten Jahren hatte der deutsche Arbeiter-Athleten-Bund mit den belgischen Arbeiter-Athleten wiederholt sportliche Beziehungen angeknüpft, die sich jetzt in erfreulichem Maße auszuwirken beginnen. Dem Fachausschuß für Schwermathletik der Sozialistischen Arbeitersportinternationale wird mitgeteilt, daß sich in Antwerpen 12 Ringsportvereine vom bürgerlichen Verband losgesagt und dem belgischen Arbeitersport angeschlossen haben. Der Arbeiter-Athletenbund Deutschlands ist bereits dabei, eine Ringermannschaft aufzustellen, die gegen eine erstklassige belgische Mannschaft am 7. Mai in Antwerpen und am 8. Mai in Hoboken kämpft.

Arbeitersport in Palästina

Der palästinensische Arbeitersportverband berichtet über einen völligen Mangel an Turnhallen und schreibt: „Wir haben jetzt die Möglichkeit mit einer Anfangssumme von etwa 200—300 Pfund ein Haus des Hapool zu bauen, das eine moderne Turnhalle und 3—4 Zimmer enthält. Diese geringe Summe genügt für den Anfang, da alle Gewerkschaften uns mit Geld und Arbeitsleistung beim Bau helfen werden. Außerdem haben uns die Arbeitsausschüsse von Haifa und Tel-Aviv Bauplätze geschenkt. Die Errichtung von Turnhallen in den Städten Jerusalem, Haifa und Tel-Aviv ist jetzt für uns eine Existenzfrage, da die bürgerlichen Sportorganisationen in diesen Städten großartige Turnhallen errichteten.“

Keisemeisterschaftsspiel Chemnitz-Eiche-Plauen-Süd Sonnabend, den 16. 4., 17,30 Uhr, in Plauitz

Gerätewettkampf in Zwickau

Vor zahlreichen Zuschauern starteten die Turnerinnen- und Turnermannschaften der Vereine Fr.-T.u.-Sp.-Vg. Zwickau, Schönewitz 1912 und T.V. Oberhondorf zur letzten Runde des vor einem Jahr begonnenen Gerätewettkampfes. Der Vorsitzende des Zwickauer Vereins, der Genosse Karl Meinel, richtete herzliche Begrüßungsworte an die Erschienenen. Unter der Leitung des technischen Leiters, Gen. Kurt Rothenberger, Zwickau, wurde der Kampf glatt abgewickelt.

Die Turnermannschaft von Schönewitz 1912 ging mit drei und die Turnermannschaft des T.V. Oberhondorf mit einem Genossen aus einem anderen Verein an den Start. Der Kampf zeigte schöne Momente an allen Geräten. Bei den Turnern übernahm Schönewitz 1912 in der ersten Runde die Führung bei den Turnern Zwickau.

Sieger der Turnerinnen war Schönewitz 1912 mit 1237 Punkten, dann folgte Zwickau mit 1199 und Oberhondorf mit 1157 Punkten. Bei den Turnern siegte Zwickau mit 1176 Punkten, Oberhondorf erreichte 1145 und Schönewitz 1912 1118 Punkte.

Bestleistungen erzielten bei den Turnerinnen Lotte Blitzer, Schönewitz 1912, mit 221, Frieda Taubenhahn, Schönewitz 1912, mit 216 und Marianne Henze, Zwickau, mit 207 Punkten. Bei den Turnern erreichten Herbert Freiheue, Zwickau, 211, Paul Schneider, Oberhondorf, 211, und Walter Nölig, Oberhondorf, 206 Punkte.

Touristensitzung im Vogtland

In der Touristensitzung im Bismarckheim „Ost“ gab Genosse Rauh (Bismarckheim) interessante Ausführungen über den Stand der Bewegung im Bezirk. Das Vorhaben muß es Pflicht sein, bei allen Veranstaltungen die wirtschaftliche Lage zu beachten, um vor Fehlschlüssen in finanzieller Hinsicht geschützt zu sein. Die geforderte Herabsetzung des Bundesbeitrags kommt vorläufig nicht in Frage. Das Vereinsleben ist anzuerkennen, bei Unfällen von Unterstützungskomplernen sich mit der Bezirksleitung in Verbindung zu setzen, um Nachteile der Mitglieder zu vermeiden. Die Arbeit der KG muß gut beobachtet werden. Passive Mitglieder müssen im Bund gemeldet sein, nur so können sie vor Schließungen bewahrt bleiben. Mannschaften aller Art, die sich ausgründen, um mit den Vereinen Späts auszufragen, sollen damit ihre Aufnahme im Bund vollziehen.

Eine rasche Aussprache ergaben die kommenden Veranstaltungen des Ausschusses für den 18. April in Oelsnitz, Bundesurlaub am 8. Mai in Plauen, Bezirks-sportfest, Frauenwochenende, Tag der Jugend, Tag der Kinder, sowie ein Gerätewettkampf 3. Bezirk (Chemnitz) gegen 8. Bezirk (Vogtl.). Alle erforderlichen Mit-arbeit aller Funktionäre. Einige Vereine treten mit größeren Veranstaltungen an die Öffentlichkeit.

Die geforderten Beiträge an die Sparten zum Ausbau derselben werden bewilligt. Größte Sparsamkeit ist erforderlich, um alle geplanten Lehrtenden usw. durchführen zu können.

Kleine Sportnachrichten

Auf Alpenflüssen und Bergeshöh'n

ist der Titel des Lichtbild-Vortrags, den die „Freien Fußballer Berlin e. V.“, Gruppe „Nordost“, als Auftakt der diesjährigen Paddelstouren am Donnerstag, dem 14. April, in der Aula der weltlichen Schule, Danziger Straße 23, veranstalten. 100 Bilder werden von den Schönheiten der Fußbootsportes erzählen, von herrlichen Fahrten auf dem Inn, dem Traun, der Enns, Elch und Drau.

Freunde des Fußbootsports und Gleichgesinnte sind herzlich eingeladen.

Freie Fußballer Berlin e. V. Zusammenkünfte am Donnerstag, 14. April 1932, abends 20 Uhr.

Gruppe Südost: Große Frankfurter Straße 14, Zimmer 5: „Im Fluge um die Welt“. Lichtbildvortrag. — Gruppe Nordost: Wertheim in der Schulaula, Danziger Str. 23: „Auf Alpenflüssen und Bergeshöh'n“. Lichtbildvortrag. — Gruppe Nordost legt bis auf weiteres jeden Freitag abends 20 Uhr, Willdenowstraße 5, Zimmer 13. — Nächste Zusammenkunft am Freitag, 15. April, Filmabend: 2 neue Großfilme der Volksturnvereine.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Gau Sachsen 7. und 8. Bezirk.

Wander- und Ferienheim am Valtersberg bei Neukirch (Lausitz). — Wanderankunftsstelle: Alfred Richter, Zittau, Postfachstraße 9/3.

Veranstaltungen der Ortsgruppen.

Bautzen. 14. April: Außerordentliche Generalversammlung, Beginn 20 Uhr im Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Ergänzungsabteilung, wichtig! — 17. April: Tag nach dem Valtersberg. Treffen 7 Uhr, am Bürgergarten. P. Gen. Melchner.

Großbräuel. 17. April: Nw. nach dem Keulenberg. Treffen 13 Uhr, am Feldschlößchen. P. Gen. Mersilovsky. — 20. April, 20 Uhr, im V.L.: Monatsversammlung.

Schneeberg. 15. April, 20 Uhr, im V.L.: Bunter Abend. — 17. April: Arbeitstag am Steinhäusel, kommt zeitlos! — 19. April: Schachturnier.

Neudorf (Lautitz). 16. April: Abendwanderung zum Lichtbildvortrag nach Tautewalde des Gen. Israel: „Meine Ferien in Tirol.“ Abgang 19.30 Uhr, von der Schule. Gäste sind herzlich eingeladen. 10 Pfennig Unkostenbeitrag.

Witten. 16. April: Mondscheinwanderung, Rund um Neudorf. Treffen 19 Uhr, an der Bahnhofsbrücke.

Kirschau. 17. April: Vw. nach Schneeritz. Treffen 7 Uhr, am Erbgericht. P. Gen. Lina Richter.

Zittau. Jugendgruppe: 15. April, Gesellschaftsspiele im Jugendheim, Zimmer 5. — 17. April: Wochenendausflug nach dem Franzosenberg (für jugendliche Erwachsene); (Bez.-Jug.-Leit.: We bist! Nachricht wegen 17. April? Pressstelle.)

Leuba. 17. April: Spieltag. Treffen 2 Uhr beim Gen. Emil Alibert.

Elban-Waldorf. 14. April, 20 Uhr, im V.L.: Obere Schule zu Elbau. Zimmer 1: Geschlossener Filmabend: „Der Bau der Zugspitze“ und „Mung. der Schlangengötter“. Gastkarten sind bei den Mitgliedern noch in beträchtlicher Anzahl zu haben. — 18 Uhr: Kindervorführung.

Neudorf. Heute abend, 20 Uhr, im V.L.: Mondscheinwanderung. — 19. April: Abendwanderung. Treffen 20 Uhr, an der Jugendberber.

Schneeberg. 17. April: Tm. Löbauer Berg-Politik. Abf. 6.45 Uhr (S.K. Labau). P. Gen. Heineke. — Jugendgruppe 14. April, im Jugendheim, 20 Uhr: Diskussion über Naturschutz.

Hirschfeld-Reibersdorf. 15. April, 20 Uhr, im Jugendheim: Musik- und Liederabend. — 17. April: Tm. in den Wittgenbergschen Steinbruch und auf den Nebelberg.

Oberoderwitz. 14. April, 19 Uhr, in Zweite Garabot: Probe zum 25jährigen Stiftungsfest der Arbeiter-Radfahrer. — 16. April besuchen wir zeitlos das Stiftungsfest der Radfahrer. Beginn 19 Uhr. — 17. April: Nw. mit den Kindern nach dem Kottmar und Umg. Treffen 18.30 Uhr am V.L. F. Gen. Pröfz.

Spitzkunnersdorf. 14. April, 19.30 Uhr, beim Gen. Neumann: Gruppenabend.

Besucht die Naturfreundezeitung!

Organisationsnachrichten

SAP

Ortsgruppe Friedrichshagen: 6. Abteilg., heute, Donnerstag, 19.30 Uhr, Zahlabend bei Geseck, Tilsiter Straße 79. — Freitag, 15. April, 20 Uhr, Kassenabrechnung bei Krugmann, Memeler Straße 63. — Beitragsberechnungen und Kartothekaufstellung für die Ortsgruppe.

Ortsgruppe Wedding: Alle Genossen, heute, Donnerstag, 20 Uhr, zur öffentlichen Versammlung im Mosbiter Gesellschaftshaus, Wielestraße 24.

Ortsgruppe Neukölln: Donnerstag, 14. April, 20 Uhr, alle erwachsenen Genossen bei Balke, Faldstraße, Ecke Wiesenstraße. Thema: „Wahrheit“. Gen. Möller, Fischenen Pflicht.

Ortsgruppe Lichterfeld: Bildungskursus Paul Fröhlich, Freitag, 15. April, 20 Uhr, bei Murr, Neue Bahnhofsstraße 28 (neues Lokal).

SJV

Heute, Donnerstag, 14. April, 19.30 Uhr: Alle Gruppen, die keine Veranstaltungen haben, befragen sich zeitlos an der öffentlichen Versammlung der SAP im Mosbiter Gesellschaftshaus, Wielestr. 24, 20 Uhr.

Balkan „Hugo Mase“: Aktivgruppenitzung, Wörther Platz „August Böhler“ Kampfliederabend, Charlottenburg-Mitte: Arbeitgemeinschaft, Frankfurter Allee 11: Parteilektion oder selbständige Jugend?

Mitte-Nord: Reichstagsitzung, Schöneberg: Bunter Abend, Spandau: Mexikanische Arbeitgemeinschaft mit Kurt Wierstich, Thema: „Bolschewismus“, Süd-West: Grandstädtisches von Staat, Mosbiter Tagespolitik, Schönberg-Friedmann: Aktivgruppenitzung, Westend: Tagespolitik, Schöneberger Viertel „Paul Levi“: Wir treffen uns zur Versammlung der Partei 18 Uhr am U-Bahnhof Nordring.

Aktionsbüro Nord-Ost: Wir beteiligen uns heute, Donnerstag, an der Werbeveranstaltung der „Freien Fußballer“, in der Schulaula, Danziger Straße 23, 20 Uhr. Es wird gezeigt: „Auf Alpenflüssen und Bergeshöh'n“.

Mitteilungen der BL:

Alle Gruppen müssen umgehend die Berichtsbogen für das erste Quartal dem Sekretariat, Prenzlauer Allee 34, abgeben.

Achtung! Die Gruppen müssen schnellstens die „Rotes Pionier“ im Sekretariat abrechnen. Der „Jugendprolet“ muß auch baldigst abgerechnet werden.

Erwerbslosenstelle: Berlin für die Woche vom 18. bis 23. April sind wir jeden Tag, 10 Uhr, im Sekretariat und leisten Wahlarbeit.

Am Sonnabend beteiligen sich alle Genossen an der öffentlichen Jungwählerversammlung des SJV, in der Friedrichshagen, am Märchenbrunnen.

Ortsgruppe Wilmersdorf: Donnerstag, 14. April, 19 Uhr, Wahlerversammlung bei Kulka, Lauenburger Str. 71. Ersuchen Pflicht.

Betriebsversammlung der Siemens-Werke am 22. 4. (nicht 15. 4.), 16.30 Uhr, im Lokal Wartburg, Nonnenendam-Allee.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein für literarische, Jobst H. Hoffmann für Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magasinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage.

Redaktion: Berlin O 27, Magasinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magasinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bewerbepreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Porto.

Inseratpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magasinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Donnerstag, 14. April
8 Uhr
Cavalleria Rust.
Bajazzo

Volkstheater

Donnerstag, 14. April
8.00 Uhr
Kamrad Kasper

Rose-Theater

Donnerstag, 14. April
8.15 Uhr
Die Frau die jeder sucht

Schillertheater

Donnerstag, 14. April
8 Uhr
Egmont

Werbt für die SAZ

Lichtspiele

am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Unter falscher Flagge
dazu:
Zwischen den Sellen
und
Das geheimnisvolle Haus
Die neueste lösende Wochenschau

Münz-Theater

Donnerstag, 14. April
8.15 Uhr
Die Frau die jeder sucht

M. I. L. A.

Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 126
Lee Parry, Magda Schneider,
Georg Alexander, Hermann Thimig
in der entzückendsten Tonfilmoperette:
Ein bißchen Liebe für Dich
dazu:
Das Spiel Dollyhoff, 10 Jazzer von der
Piaza und dem Theater im Admirals-
palast mit dem gr. Ausstattungsballett in
Hurra, Revue 1932
— Stark reduzierte Eintrittspreise —

Theater des Weddings

Müller-, Ecke Sellenstraße
R. A. Roberts in:
Zu Befehl, Herr Unteroffizier
dazu:
Die fremde Mutter
(Das Mädel aus der Hafenkneipe)
Die neueste lösende Wochenschau

Pharus Lichtspiele

Müllerstraße 142
2 großartige Filme: Lee Parry
Georg Thimig, Georg Alexander
Ein bißchen Liebe für Dich
dazu: Siccardi Arms
Der schönste Mann im Staate
Militär-Lustspiel m. Ralph Arthur Roberts
Sonntag nachm. 3 Uhr Jugendvorstellung
Neueste Tonwochenschau

Elysium - Lichtspiele

Prenzlauer Allee 55
Willi Post in:
Peter Voss, der Millionenklieb
dazu:
Dina Gralla, Paul Heidemann in:
Die Wasserentel von Niasos
Tönende Wochenschau
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisbau, Wochenschau bis
6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 70 Pfg.
Nachbar von 80 Pfg. an

Die Ente

Erscheint jeden Donnerstag
Aus dem Inhalt
der neuen Nummer:
Die Perseus in der deut-
schen Politik / Dienst an
Kunden / Hintergedankens-
tücken / Hiltor an den Justiz-
minister / Saugische Auf-
klärung / Kirchlicher Trost
Therese von Konnerweh
kann der Reichsbank helfen
Majestätsbeleidigung
Karibajron von Herrmann
Heitz, Sandberg und Werth
11 Jahrgang
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern - Probenummern gratis
vom Verlag der ENTE, Berlin W 20, Haberlandstr. 9

Kauf

Gutscheine

Stärkt

den Pressfonds

Sozialistische Buchhandlung

Alle Parteigenossen und Freunde machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß am
Donnerstag, 14. April 1932
unsere Buchhandlung, geschäftliche Zentrale und Papierhandlung in der
A. D. C.-Straße 28
eröffnet wird. Außer allen einschlägigen politischen Schriften führen wir Ausrüstungsgegenstände für den Sozialistischen Jugendverband sowie den Sozialistischen Schutzbund. Wir erwarten regen Besuch und tatkräftige Propaganda sowie Unterstützung.
Tel. 34 6563. Die Geschäftsstelle: L. A.: Albert Wolf

KINO FÜR JEDERMANN

Pepdamer Str. 4, im Voxhaus / am
Potsdamer Platz B1 Kurt 2334.
ab Dienstag
Die große Tonfilmoperette
Viktorie
und ihr Husar
mit Ivan Petrovich, Friedel Schuster,
Einar Veerbes, Orel Theimer
Ufa Tonwochenschau
Tagl. ab 9 Uhr vorz.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 11. nachts
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

PRATER

Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 3
Zwei wirkliche Spitzenfilme an
Luftigkeit in einem Programm
Zwei glückliche Herzen
(Ein bißchen Liebe für Dich)
mit Magda Schneider, Lee Parry, Georg
Alexander, Hermann Thimig
Kartoffelsuppe, Kartoffelsuppe
(Schön ist die Mandarinenzeit)
mit Paul Heidemann, Oskar Sabo,
Ida Wüst, Orel Theimer
Erwerbslose 50 Pfg.
Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.

Stärkt den Pressfonds

Kampfsignal

morgen neu!

Genossen

bevor ihr Spielmannszüge
oder Fanfarenchöre auf-
stellt, holt Euch Auskunft bei
Eurer Beratungsstelle für Spiel-
mannszüge und Fanfarenchöre
A. Pügner
Chemnitz, Lützowstraße 43

Für die rote Massenfront!

Berliner SAP eröffnet den Preußen-Wahlkampf

„Prolet, greif zu!“

Durch eine Massenversammlung in Klarna Festen hat die Sozialistische Arbeiter-Partei am Dienstagabend in Berlin mit der Versammlung der Preußenwahl begonnen. Die Versammlung zeigte erneut, daß die SAP immer stärkeren Einfluß bei den Massen des Proletariats durch eine klare, entschiedene Zielsetzung ihrer Politik gewinnt. Die SAP ist heute die einzige proletarische Partei, welche sachliche Diskussionen über den Weg der revolutionären Arbeiterschaft vor dem breitesten Forum der Öffentlichkeit durchführt. Durch den unaufhörlichen Klassenverrat der reformistischen Führung und durch die schwerwiegenden taktischen Fehler der KPD wird für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung immer dringlicher. Wir brauchen eine revolutionäre Massenpartei, die eine den deutschen Verhältnissen entsprechende revolutionäre Taktik herauszuarbeiten imstande ist. Auch der Preußenwahlkampf wird von der SAP in diesem Sinne ausgenutzt — als eine Gelegenheit, zur Formulierung der roten Massenfront aufzufordern.

Dieser Appell findet, wie die Versammlung bestätigte, ein begeistertes Echo bei der werktätigen Bevölkerung.

Genosse Seigewasser betonte in eindringlichen Worten den Ernst der faschistischen Gefahr.

Hierauf sprach die Genossin

Gertrud Düby:

Millionen deutscher Proletarier haben auf diesen Frühling gehofft, von dem sie eine Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur erwarteten. Heute sehen sie, daß sie einer Täuschung unterlegen sind.

Das Wirtschaftsbarometer steht weiter auf Stumm.

Erst in der letzten Woche haben wir erlebt, wie ein kapitalistischer Weltkrach, der Kreuger-Konzern, aufs tiefste erschüttert worden ist.

Und trotz dieser Alarmzeichen eines wankenden Kapitalismus sehen wir auf der anderen Seite, auf der Arbeiterfront, eine Ruhe sondergleichen. Unsere Aufgabe ist es, diese Ruhe zu sprengen, durch eine große außerparlamentarische Bewegung zum Sturz des kapitalistischen Systems.

Dabei haben wir aus der Reichspräsidentenwahl die Lehre zu ziehen. Trotz dem Massenelend, trotz der Aussichtslosigkeit, innerhalb des kapitalistischen Systems den Weg aus der Krise zu finden, trotz unerhörten Polizeischikanen gegen das kämpfende Proletariat, hat der Reformismus einen starken Einfluß behalten. Millionen von Arbeitern glauben noch an diese Republik und an das „friedliche Hineinwachsen“ in den Sozialismus. Millionen sehen in der Sozialdemokratie noch die Partei August Bebel's, der gesagt hat: „Ich bin und bleibe ein Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft.“

Die SPD ist eine Partei der Deserteure am Sozialismus geworden!

(Stürmische Zustimmung!)

Heute herrscht großer Jubel im Lager des Reformismus ob der Wahl Hindenburgs. Man sagt, die Vernunft habe gesiegt. Aber diese Siegestimmung wird bald in einen bösen Katzenjammer umschlagen. Schon ist eine neue Lohnabbauwelle im Anzug, schon hört man von neuen Notverordnungen mit verstärkten Massenbelastungen.

Was tut die kommunistische Partei angesichts dieser Situation? Sie ist aus der Präsidentenwahl mit einer Niederlage herausgegangen. Hier gilt keine Entschuldigung — jede Entschuldigung bedeutet eine Anklage! Die KPD sagt, die Massen seien betört gewesen, sie hätten sich von gefälschten Flugblättern verwirren lassen. Wenn aber die Massen so leicht verwirrt werden können, muß etwas nicht stimmen. In der Tat hat

die KPD die Grenzlinien gegenüber dem Sozialismus bedenklich verwischt, und sie hat mit ihrer Theorie vom „Sozialfaschismus“ große Massen irreführt. Sie hat sich von den Massen der Betriebsarbeiterschaft isoliert. Sie hat in der Einheitsfrontpolitik versagt. Und darum hat die Sozialistische Arbeiterpartei hier die besondere Aufgabe,

dem Proletariat die klare Linie einer klaren Politik zu zeigen und Einheitsfrontorgane mit bestimmtem umrissten Kampfprogramm zu schaffen. Wir haben mit verstärkter Energie antifaschistische Kartelle und überparteiliche Klassenwehren ins Leben zu rufen.

Unser Kampf hat sich natürlich nicht nur gegen den Faschismus, sondern auch gegen das System Braun-Severing zu richten: nicht weil sie „Sozialfaschisten“ sind, sondern weil ihre Politik, das faule Kompromisse, des Zurückweichens, des Nachgebens des Faschismus, zur Macht bringen muß und weil sie dem Proletariat den Blick für die tatsächliche Herrschaft des Monopolkapitals vernebeln.

Schluß mit den Opfern für den Kapitalis-

mus — Opferbereitschaft allein für den Sozialismus!

Es wird der deutschen Arbeiterklasse eingeredet, es sei unmöglich, den Sozialismus in unserem Lande zum Siege zu führen, weil Deutschland isoliert dastünde. Deutschland ist nicht isoliert! Es gibt einen gewaltigen Erdteil, der heute schon die Diktatur des Proletariats vorwirlt hat. Daneben sehen wir das Proletariat zu starker Aktivität erwacht in den großen Streiks in Polen und in der Tschechoslowakei. Und in Oesterreich marschiert der Schutzbund!

Überall steht die Arbeiterschaft im Kampf. Überall blicken die Massen auf Deutschlands Proletariat, das immer als die Avantgarde der internationalen Arbeiterklasse gekollert hat. Soll die deutsche Arbeiterschaft diesen Ruf verdienen? Soll sie ins Hintertreffen geraten? Lassen wir den historischen Augenblick nicht verrinnen? Fassen wir unsere große Aufgabe ins Auge! Unsere Parole sei die Schaffung der roten Einheitsfront, um den Faschismus zu schlagen, bevor er an die Macht kommt!

Als zweiter Redner sprach

Fritz Sternberg:

Nach dem 24. April wird die Arbeiterschaft die Quittung für die Hindenburgwahl ausgestellt erhalten. Schwere neue Lasten stehen für das Proletariat bevor. Der deutsche Kapitalismus war ja immer für eine gewisse Sozialisierung zu haben: die deutsche amtliche Konjunkturstelle konstatiert, daß

die Sozialisierung der Pleiten den Staat eine Milliarde Mark gekostet

hat. Diese Milliarde zahlen natürlich nicht die deutschen Kapitalisten, sondern das Proletariat. Bedenkt man weiter, daß die Steuererhöhungen infolge des Produktionsrückgangs nicht dem Voranschlag entsprechen, so kann man auf ein starkes neues Haushaltsdefizit schließen. Wir werden neue Notverordnungen

erleben, zunächst auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung. Wenn die Pläne durchgeführt werden, für die sich die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ einsetzt, dann wird kein Arbeiter mehr bekommen als die heutigen Wohlfahrtsätze. Und warum ist die Schwerindustrie interessiert an diesem Abbau?

Weil der Untererstützungsraum die Grundlagen für einen neuen Lohnraub an den Beschäftigten abgibt!

Bei den Wahlen handelt es sich nicht allein um Preußen, sondern um die Gesamtsituation des Kapitalismus. Gerade in diesem Sommer wird sich die wirtschaftliche Lage weiter zuspitzen. Das bedeutet wiederum eine Zuspitzung der politischen Lage. „Wer Preußen hat, der hat das Reich“ — sagte die Sozialdemokratie. Was aber werden wir nach der Wahl erleben? Bereits in den letzten Monaten ist

in Deutschland eine Aushöhlung der Gemeinden und ihrer Kompetenzen

eingetreten, vor allem durch das Wohlfahrtsgebiet. Was indessen die Städte verloren haben, hat der Reichsinnenminister an Macht gewonnen.

Die Entwicklung in Preußen ist nicht zu trennen von der Entwicklung im Reich.

Wir müssen der Arbeiterschaft vergegenwärtigen, daß Hitlers Sieg in Deutschland einen Terror bedeuten würde, demgegenüber der italienische Faschismus ein Paradies wäre.

Gerade weil nach einer faschistischen Macht ergreifung Millionen der Hitleranhänger enttäuscht würden, weil die Proletarisierung der Mittelschichten sich fortsetzen, die Verelendung der Kleinbauern noch krassere Formen annehmen würde, gerade deshalb würden in dieser Situation die lexalen Arbeiterorganisationen diese Millionenschichten auffangen. Das weiß auch Hitler. Das wissen auch seine monokapitalistischen Geldgeber. Sieht daher der Monopolkapitalismus die Krise für so tief an, daß er nur mit der aktivsten Hilfe der faschistischen Mordbanden glaubt herrschen zu können, dann wird am Tag nach der Macht ergreifung Hitlers eine Zerstörung sämtlicher Arbeiterorganisationen, ein Terror schlimmster Art einsetzen. Diesen Moment sucht das Monopolkapital möglichst lange durch eine scheinbar legale Hungerdiktatur hinauszuschieben.

Mit Hitler im Rücken unter Tolerierung der Gewerkschaften und der SPD, die den neuen Lohnraub durchzuführen, ist leichter.

Aber eine solche Situation läßt sich nicht auf die Dauer aufrechterhalten. Auf der einen Seite wächst die Eigengesetzlichkeit des Nationalsozialismus als Massenbewegung, auf der anderen Seite steigt die Mißstimmung der Arbeitermassen in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie. Die aktiven Elemente der SA lassen sich nicht mehr lange auf Flaschen ziehen, und für die Gewerkschaften wird ein Augenblick kommen, an dem sie den Lohnabbau nicht mehr schlucken können.

Die Folge ist, daß die Frage der Machtübernahme des Faschismus, die scheinbar durch den Ausgang der Preußenwahl zurückgeschoben wurde, als die entschei-

dende Frage der deutschen Arbeiterklasse auf der Tagesordnung steht.

Jede Aktion muß deshalb unter dem Gesichtspunkt: wie einigen wir die deutsche Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus?

Der Ausgang der Präsidentenwahl ist ein schwarzer Tag nicht nur für die Kommunisten, sondern für die ganze deutsche Arbeiterklasse (lebhaftes Zustimmung).

Wie steht es mit der „bolschewistischen Selbstkritik“ der KPD? Lenin, der große Führer des Kommunismus, war immer bereit, begangene Fehler zu revidieren. Liegt man heute die deutsche KPD-Presse, so heißt es immer, das Zentralkomitee habe gut operiert, nur die unteren Funktionäre hätten versagt. Diese Erscheinung zeigt, daß die heutige Führungsgarnitur der KPD keine Lehren ziehen, sondern eher die ganze deutsche Arbeiterbewegung ruinieren wird.

In dem Augenblick, in dem sich die imperialistischen Gegensätze zuspitzen, übernimmt die KPD nationalsozialistische Gedankengänge in der Reparationsfrage, Ideologien, mit denen die Bourgeoisie einen neuen Weltkrieg vorbereitet. Und da wundert man sich noch darüber, daß mindestens fünfhunderttausend Kommunisten für Hitler gestimmt haben!

Der immer konzentriertere Vorstoß des Monopolkapitalismus sieht eine Arbeiterbewegung, die in ihrem einen Flügel — dem Reformismus — mit dem kapitalistischen Staat auf Geduld und Verleib verbunden ist und die in ihrem anderen Teil, der kommunistischen Partei, das Proletariat nicht zu wirklichen Aktionen zu führen vermag. Die schwere und komplizierte Aufgabe für uns liegt darin, aus passiven Millionenscharen ein Heer zu formieren, das zum Kampf bereit ist. Auf diesem Weg kann die Preußenwahl nur ein Meilenstein sein. Der Faschismus wird weiter ansteigen. Man soll die Stimmen aber nicht zählen, sondern wagen.

Die Masse, die hinter der SA steht, ist Flugand. Wenn wir es aber fertig bringen, von den Stempelstellen und Betrieben aus die Massen des Proletariats zur Aktion zu bringen, dann ist das ein Heer.

Und dieses Heer wird nicht mehr dort stehen bleiben, wo es beim Kapp-Putsch stehen blieb! (Starker Beifall.) Die deutschen Arbeiter wissen heute, daß der Nationalsozialismus nur der Degen des Monopolkapitalismus ist. Wird der Degen zerschlagen, so schafft das Kapital ihn neu, solange es forbesteht. Daher dürfen wir nicht eher rasten, bis wir den Monopolkapitalismus selbst geschlagen haben. Unser Appell zur Preußenwahl lautet: her mit der

SAP-Flugblatt verboten!

Der Bezirk Mittelrhein der SAP hat zum preußischen Wahlkampf ein Flugblatt herausgegeben — die hohe Polizeibehörde hat es verboten. Welche Sätze waren es, die das Mißfallen der hohen Polizeibehörde erregt haben?

Man höre und staune:

... Pro Kopf der Bevölkerung verausgabt die Preußen-Regierung für die Polizei 10,94 Mk., für die Klassenjustiz 11,17 Mk., für die Wohlfahrt 0,92 Mk. Die Braun-Severing-Regierung verausgabt für Krüppelfürsorge 19 000 Mk., für Verpflegung der Polizeipferde 254 000 Mk., für die Bekämpfung der Tuberkulose 760 000 Mk., für Polizeiwaffen und Munition 228 000 Mk.

Verbot des Roten Frontkämpferbundes bei gleichzeitiger Duldung der faschistischen Mordbanden — Presseverbote — Aufhebung der Demonstration und Versammlungsfreiheit für Arbeiter — Milde Urteile gegen Faschisten, aber lange Gefängnis- und Zuchthausstrafen für Funktionäre der Arbeiterbewegung — das sind die Erfolge der preußischen Koalition.

Angesichts der drohenden faschistischen Gefahr für Deutschland spekuliert die SPD auf die Zuverlässigkeit der staatlichen Machtmittel Polizei und Reichswehr. Aber ungeduldet werden SA-Leute, als „Feinde der Demokratie“, in die Reichswehr aufgenommen. Immer offenkundiger wird der zersetzende Einfluß der nationalsozialistischen Propaganda in Polizei und Justiz. Und was gedenkt die SPD zu tun, wenn die Nazis stillschweigender Duldung der bürgerlichen Parteien, also legal, zur Macht kommen? Auf der parlamentarischen Ebene kann der Faschismus, der Todfeind der Arbeiterklasse, nicht vernichtet und geschlagen werden. Nur die außerparlamentarische Massenaktion der Arbeiterklasse kann der faschistischen Gefahr ein Ende machen. Diese einfachen Feststellungen genügen

Arbeiterregierung, die nur durch außerparlamentarische Aktionen möglich ist — als Voraussetzung für den Sieg der Revolution in Deutschland!

Beide Referate wurden von der Versammlung mit starkem Beifall aufgenommen.

Diskussion

Genosse Urbahna (Leninbund) kritisierte die Taktik der KPD, glaubte aber trotzdem, für den 24. April zur Wahl der KPD aufzufordern zu müssen.

Der nächste Redner, Genosse Pfeifer, erklärte seinen Eintritt in die SAP.

Im Anschluß daran teilte der Vorsitzende unter dem stürmischen Beifall der Versammlung mit, daß

bereits acht Neuaufnahmen für die SAP erfolgt sind, die sich dann im Laufe des Abends auf zwölf erhöhten.

Die beiden folgenden Sprecher vertraten mit auffallend matten Argumenten die wankende Position der KPD. Als der zweite Propagandist der Linientreuen konkrete Vorschläge zur Schaffung einer roten Einheit forderte, die „nur die Einheit der Klasse“ sein könne, wurde ihm aus den Reihen der Versammlung die Zerschlagung und Sabotage der antifaschistischen Kartelle und überparteilichen Klassenwehren durch die KPD entgegengehalten.

Genosse Borde (SJV) verwies auf die SAJ-Propaganda für den freiwilligen Arbeitsdienst.

In seinem Schlußwort widerlegte Genosse Sternberg die Ausführungen der KPD-Redner und des Genossen Urbahna. Er appellierte nochmals an die Versammlung, unter der Devise: „Nieder mit dem Faschismus — her mit der Arbeiterregierung!“ den Preußenwahlkampf zu führen.

Genosse Max Köhler als Versammlungsleiter betonte, daß die Schaffung einer großen kommunistischen Massenpartei unser Ziel bleiben müsse. Der Preußenwahlkampf stelle an die Opferfreudigkeit unserer Genossen hohe Anforderungen. Es sei Pflicht aller SAP- und SJV-Mitglieder, zu einer intensiven Führung des Kampfes beizutragen.

Ein dreifaches Hoch auf den Befreiungskampf des Proletariats wurde mit Begeisterung aufgenommen. Darauf sang die Versammlung stehend die Internationale.

★

Die Offensive der Sozialistischen Arbeiter-Partei hat eingesetzt. Sie muß weitergetragen werden — im Interesse des Sieges der proletarischen Revolution!

heute schon, um ein Verbot der hohen Staatsbehörden herbeizuführen. In diesem „Hort der Demokratie“ dürfen heute schon Tatsachen aus dem Etat nicht mehr angeführt werden, weil sie „geeignet sind, Ruhe und Ordnung zu gefährden“. Diese Tatsache muß jedem Werktätigen eingehämmert werden, muß jedem Arbeiter die Augen öffnen über den Einfluß der „Eisernen Front“ im „Volksstaat“ Preußen.

Es geht darum, dem Betriebskollegen, den Bekannten und Sympathisierenden zu demonstrieren, worin sich bei diesen Handlungen der Severing-Polizei der „große Einfluß“ der SPD auswirkt. Es geht darum, den Proletarier klarzumachen, daß diese Reformisten Gefangene ihrer eigenen Theorie sind. Entweder sie handeln nach sozialistischen Gesichtspunkten und müssen ihre Stellen quittieren, oder sie führen den Sozialismus als Phrase im Munde und handeln nach den „Staatsnotwendigkeiten“ des bürgerlich-kapitalistischen Staates. Die SPD hat sich für letzteres entschieden, damit hört sie auf, eine proletarische Arbeiterorganisation zu sein, die Arbeiter haben sich zu entscheiden für eine bürgerliche Reformpartei oder für eine klassenbewußte Arbeiterpartei. An uns liegt es, ihnen diese Entscheidung zu erleichtern.

38 Kommunisten vor Gericht

Eberswalde, 12. April 1932.

Unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Achilles aus Prenzlau begann am Dienstag vor dem Eberswalder Schöffengericht ein umfangreicher Prozeß, in dem 38 Angehörige der kommunistischen Partei wegen Landfriedensbruchs angeklagt sind. Der erste Verhandlungstag war mit der Verlesung der Anklage und mit der Aufnahme der Personalien ausgefüllt.

Streik in Rumänien

TU. Bukarest, 12. April 1932.

Die gesamte Belegschaft der Resicawerke, des größten rumänischen Industriebetriebes, ist in den Streik getreten. Sie hat seit drei Monaten keinerlei Bezahlung erhalten. Schlichtungsverhandlungen sind eingeleitet worden.

Der Krisenkongreß des ADGB

Leipart in der nationalistischen Front

Aus den Darlegungen der einzelnen Hauptredner auf dem ADGB-Kongreß sind noch einige wichtige Stellen, die durch die Pressekorrespondenzen verbreitet werden, von Interesse. So hat es Leipart für notwendig gehalten, auch hier wieder die nationalistische Trommel zu rühren, was ihm offenbar viel wichtiger ist, als die Frage des Kampfes gegen Lohn- und Unterstüßungsraub. Leipart führte aus:

„Die Gewerkschaften stellen vor aller Welt die Frage: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedigung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus (!) zu begegnen?

Die Arbeitsbeschaffungsvorschläge

Eggerts Referat gipfelte in folgenden Vorschlägen: Als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung seien anzusehen die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes, Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren, der Kleinwohnungsbau, die Hausreparaturen, Aufträge der Reichsbahn und Reichspost, zweckmäßige Siedlungsarbeiten und landwirtschaftliche Meliorationen. Etwa eine Million Arbeitskräfte könnten auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtkostenaufwand von rund zwei Milliarden Mark erforderlich wäre. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordere das Aufgebot aller Kräfte. Die öffentlichen Haushalte, Steuermittel, Ersparnisse der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und endlich eine volkstümliche Arbeitsbeschaffungsmasse müßten hierzu herangezogen werden. Die allgemeine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche müsse im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung durchgeführt werden. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung müsse selbstverständlich nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen.

Stegerwald: Die Regierungspolitik — ein großer Erfolg

Stegerwald ist sich seiner Pappenheimer im ADGB so sicher, daß er es in seiner Rede nicht für nötig hielt, irgendwelche Rücksichten zu nehmen. Brutal verteidigte er die Lohnräuberei der Regierung. Er führte im wesentlichen folgendes aus:

Die Ursachen der Wirtschaftsschrumpfung im Innern lägen nur zum Teil in der Lohnkürzung. Amerika und England hätten bei ihrer Lohnpolitik und bei der Bilanzierung der öffentlichen Haushalte die gleichen Schwierigkeiten wie Deutschland.

Bei der öffentlichen Hand seien in den letzten zwei Jahren an Gehältern, Pensionen und Arbeiterlöhnen im Interesse des Haushaltsausgleichs und damit der Erhaltung der Währung, Kürzungen in Höhe von etwa 2½ Milliarden Reichsmark erfolgt.

Rückwirkungen auf die Privatwirtschaft seien unvermeidlich gewesen. Daß trotz der großen Banken- und Geldkrise und trotz der Tatsache, daß 20 bis 30 andere Länder in den Währungsverfall hineingeschlittert seien, die deutsche Währung gehalten worden sei, ein

Erfolg der Regierungspolitik, wie er nicht größer habe erwartet werden können. Demgegenüber seien Lohnkürzungen und die Kürzungen der Sozialleistungen Fragen zweiter Ordnung.

Hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung bestehe Übereinstimmung darüber, daß es in Deutschland noch reichlich Arbeitsmöglichkeiten gebe. Die Streitfrage sei lediglich, wie die Mittel für eine Arbeitsbeschaffung großen Stils aufgebracht werden könnten. Mit dem Preise der Inflation dürfe die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand keinesfalls erkaufte werden. Wenn der Schrumpfungsprozeß der deutschen Wirtschaft in der nächsten Zeit wenigstens zum Stillstand gebracht werden solle, dann müsse zusätzliche Arbeit geschaffen werden. Daneben werde man bei Arbeiten, die der Geldschwierigkeiten wegen sonst noch jahrelang hinausgezögert werden müßten, auch

den freiwilligen Arbeitsdienst erweitern müssen.

An der Spitze dessen, was die Reichsregierung für die Arbeitsbeschaffung beabsichtige, stehe die verstärkte Förderung der länd-

lichen Siedlung und die Fortsetzung der städtischen Vorraumabteilung. Die Reichsregierung gehe dabei von der Erwägung aus, daß wir im nächsten Jahrzehnt unsere Rentenversicherung nicht so würden ausbauen können, daß die alternde Bevölkerung damit ihren Lebensabend fristen könne.

Der Kreis der Invalidenrentner, Sozialrentner und Kleinrentner, der Kleinpensionäre usw. wachse bei einem alternden Volk ständig. Diese Teile der Bevölkerung sollte man verstärkt auf dem Lande oder in dem Vorraum der Städte ansiedeln, wo sie besser leben könnten, und wodurch die zusätzliche Wohlfahrtspflege eine Entlastung erfahren würde.

Wenn man die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben des Jahres 1932 ihrer Wichtigkeit nach einordnen wolle, so ergebe sich folgende Reihenfolge:

1. Die Betriebe, die Aufträge haben, müssen unter allen Umständen mit Krediten zu einem erträglichen Zinsfuß versorgt werden.
2. Die Haushalte der öffentlichen Hand müssen unbedingt ins Gleichgewicht gebracht werden, weil das
3. die Voraussetzung ist für die Erhaltung der Währung, an der im Jahre 1932 ebenso wenig wie im Jahre 1931 gerüttelt werden darf.
4. Was dann noch ohne Gefährdung der Währung zur Bekämpfung der Wirtschafts-

schrumpfung und zur Belebung der Wirtschaft geschehen kann (also nichts, Bes. SAZ), wird und muß geschehen. Dabei müsse wir uns alle klar sein, daß wir mit dem Jahre 1932 noch ein schweres Jahr vor uns haben. In diesem Jahre dürfen wir trotz aller Beschwerden nicht schlapp machen (gegenüber der Arbeiterklasse. Red. SAZ), weil es im Jahre 1932 um die deutsche Zukunft geht.

Die bisherige abwartende Haltung der Regierung gegenüber der Frage der Arbeitsstreckung werde im Laufe des Jahres 1932 nicht beibehalten werden können. Diese Frage werde schon in nächster Zeit mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu besprechen sein. Wenn sich dabei eine Einigung nicht erzielen lasse, so werde nichts anderes übrig bleiben, als eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Notverordnung. Eine allgemeine Senkung der Löhne, wie man sie in breiten Arbeitnehmerkreisen befürchte, komme nicht in Frage. Allerdings seien in einzelnen Gewerben und in einzelnen Gegenden noch Angleichungen erforderlich.

Was Stegerwald hier erklärte, heißt auf gut Deutsch: Weiterer Abbau der Altersrenten und Abschiebung der Sozialrentner aufs Land. Keine Mittel für Arbeitsbeschaffung. Weiterer Lohnabbau.

Dagegen muß die Arbeiterklasse kämpfen und sich gegen jeden weiteren Kuhhandel mit der Regierung wenden.

Für Demonstrationenfreiheit am 1. Mai

Im Preussischen Landtag ist im Auftrag der SAP von unserm Genossen Gebhard folgende Interpellation eingebracht worden:

„Der 1. Mai ist der Feiertag und Kampftag der Arbeiterklasse. Das Proletariat der ganzen Welt demonstriert am 1. Mai für die Forderungen der internationalen Arbeiterklasse — für die Verkürzung der Arbeitszeit — gegen Unterdrückung und Entrechtung — für Freiheit und Sozialismus.“

In Deutschland sollen die Mai-Demonstrationen durch die Verhängung des Demonstrationsverbots verhindert werden. Die Arbeiterschaft, insbesondere die freigewerkschaftlich organisierte, protestiert aufs schärfste gegen diese Maßnahme und fordert Demonstrationenfreiheit am 1. Mai.

Ich frage deshalb das Staatsministerium: Ist es bereit

1. für Preußen das Demonstrationsverbot am 1. Mai aufzuheben?

2. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß auch im Reiche das Demonstrationsverbot aufgehoben wird?
3. die Beschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts der Arbeiterklasse überhaupt zu beseitigen?

Gebhard.

Unsere Genossen müssen dieser Forderung in ganz Preußen ein weiteres Echo unter den Arbeitermassen verschaffen, insbesondere wird es Aufgabe unserer Genossen sein, namentlich in den Gewerkschaften für die unverzügliche Absendung von Protesten gegen das Demonstrationsverbot am 1. Mai zu sorgen. Die Arbeiterschaft darf sich diese Demonstrationenfreiheit nicht rauben lassen, auch dann nicht, wenn sozialdemokratische Minister diesen Raub sanktionieren.

Militarismus und Arbeitslosenfreiheit

Ein Arbeitsloser schreibt uns: Arbeitslos! Die Tragik des Wortes wird nur derjenige ganz erfassen, der selbst arbeitslos ist. Alle Arbeitslose, ob jung oder alt, sind entwurzelte Menschen, die man ihres Lebensfundamentes in der kapitalistischen Welt beraubt hat. Ihr Leben verdorrt. Der Glaube an den Menschen, das Vertrauen zur Gemeinschaft geht verloren. Die Zusammenfassung junger, erwerbsloser Menschen zu einer Freizeit, um hier etwas helfend einzugreifen, kann nur begrüßt werden. Sie ist aber völlig wert- und zwecklos, wenn der Leiter nicht versteht, mit jungen Menschen umzugehen.

Auf dem Staatsgut Nieder-Bischdorf bei Löbau haben sich in einer solchen Freizeit Dinge abgespielt, die verdienen, der breitesten Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Vom 13. bis zum 24. März wurde vom Arbeitsamt Löbau eine Anzahl jugendlicher Erwerbsloser geschickt. Nach der Meinung dieser Erwerbslosen sind sie zur Teilnahme an der Freizeit gezwungen worden. Der Tagesplan war ausgefüllt mit landwirtschaftlichen Arbeiten und Sport. Man kann gegen Sport nichts einwenden, aber Schießen mit Kleinkaliber scheint doch für eine Freizeit wenig geeignet zu sein. Sonntag, den 20. März, kamen ungefähr zehn Teilnehmer der Freizeit in etwas angeheiteter Stimmung nach Hause. Sie machten sich Licht im Zimmer, um sich auszukleiden. Daraufhin erschien der Kursusleiter und schaltete das Licht aus. Als der Erwerbslose W. das Licht wieder einschaltete, kam es zwischen ihm und dem Leiter zu einem Wortwechsel. Die Folge davon war, daß ihn der Leiter am nächsten Morgen von der Arbeit wegholte mit dem Bemerkens, sofort nach Hause zu gehen und sich am nächsten Tag auf dem Arbeitsamt zu melden. Auch der Verwalter S. scheint nicht zu wissen, wie Arbeitslosen zumute ist. Er sagte das mit folgenden Worten: „Hier sei kein Asyl für obdachlose Halunken.“

Da W. vormittags gearbeitet hatte, wartete er noch auf das Mittagessen, um nicht hungrig fortgehen zu müssen. Er wurde aber durch die Polizei entfernt. Vom Arbeitsamt Löbau wurde W. die Unterstützung auf vier Wochen wegen Arbeitsverweigerung gesperrt. Hat das noch etwas mit Freizeit zu tun? Ist das nicht vielmehr schon Arbeitsdienstpflicht nach dem Muster nationalistischer Kreise? W. R.

Ist ein Kundenwerber Handlungsgehilfe?

Das Landesarbeitsgericht in Gleiwitz hat vor einiger Zeit ein richtunggebendes Urteil gefällt. Der vorliegende Fall war folgender: Eine Kundenwerberin war von ihrer Firma fristlos entlassen worden. Sie hielt die Entlassung für unbegründet und forderte einen entgangenen Verdienst an Provision, etwa 50 Mark, als Schadenersatz für die Kündigungsfrist. Das Arbeitsgericht hat der Klägerin Tarifgehalt nach der niedrigsten Angestelltengruppe des Bezirkstarifs zugewilligt. Gegen dieses Urteil war Berufung eingelegt worden, und das Landesarbeitsgericht hat nun die beklagte Firma in voller Höhe verurteilt. In den Gründen heißt es, daß die Klägerin nicht Tarifgehalt, sondern Schadenersatz an entgangener Provision forderte. Deshalb ist es gleichgültig, ob die Klägerin dem Bezirkstarif unterliegt. Vielmehr hängt die Entscheidung lediglich davon ab, ob die Klägerin kaufmännische Angestellte ist und Anspruch auf Kündigungsfrist des Handelsgesetzbuchs hat. Der Kundenwerber nimmt eine Sonderstellung ein, denn er ist nicht Ladenangestellter. Er unterscheidet sich aber von den Reisenden, weil der Kundenwerber in die Organisation des Geschäfts eingruppiert ist, einem Bezirksleiter untersteht. Uebrigens muß er täglich mit dem Warenvertreiter Fühlung nehmen, und seine Provision ist erst dann verdient, wenn ein Kunde zahlt. Nach diesen Erwägungen ist ein Kundenwerber kaufmännischer Angestellter. Die Klageforderung ist also begründet, da auch kein Grund zur fristlosen Entlassung vorlag. —

Stegerwald will Lohnabbau

Der gestrige „Vorwärts“ meldet: Der Bundesausschuß des ADGB, der am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus getagt hat, nahm auch zur Aussprache im Ministerium über die Lohnfrage Stellung. Einmütig wurde in Übereinstimmung mit dem Lohnpolitischen Ausschuß des ADGB jeder weitere Einbruch in den Lohn als unmöglich abgelehnt. Auch gegenüber dem Versuch des Reichsarbeitsministeriums, die Löhne der hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Berufe noch mehr als bisher dem allgemeinen Lohnabbau anzupassen, wurde schärfster Widerstand der Gewerkschaften angekündigt.

„Schärfster Widerstand der Gewerkschaften.“ Mit Freude würde jeder Arbeiter, jedes Gewerkschaftsmitglied diesen Ruf aufgreifen, wenn — ja wenn er wirklich ernst gemeint wäre, wenn er wirklich ein Kampfruf an die Massen wäre. Doch wie wenig die ADGB-Führung daran denkt, zeigt der Verlauf des Krisenkongresses.

Hier war der geeignete Ort, der Regierung des Lohnraubs den rücksichtslosen Kampf anzusagen. Hier wäre die berufene Tribüne gewesen, um die Millionenmasse zu mobilisieren, zu sagen: Genug des traurigen Spiels, jetzt rufen wir unter Einsatz aller Machtmittel der Gewerkschaften die ganze Arbeiterklasse zum Kampf.

Doch nichts davon. Wenn die ADGB-Führer, die bisher ausgesauten „Stegerwald gegen Lohnabbau“, jetzt vom „schärfsten Widerstand“ reden, meinen sie zähmen „Widerstand“ in Verhandlungen mit der Regierung. Das kennen Brüning und Stegerwald schon — und pfeifen auf diese leere Geste der Leipart & Co. Nur wuchtige Massenaaktionen können dem Kapital und seinen Sachwaltern in der Regierung Respekt einflößen.

SAP in Preußen Liste 18

Berlin, 13. April 1932.

Am Mittwoch vormittag fand in Berlin unter dem Vorsitz des Präsidenten des Preussischen Statistischen Landesamtes und Landeswahlleiters Dr. Saenger eine öffentliche Sitzung zur endgültigen Festlegung der Landeswahlvorschläge für die Preußenwahlen statt.

Es wurden folgende 19 Landeswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Deutschnationale Volkspartei,
3. Preussische Zentrumspartei,
4. Kommunistische Partei Deutschlands,
5. Deutsche Volkspartei,
6. Nationale Front deutscher Stände Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), Deutsches Landvolk, Junge Rechte),
7. Deutsche Staatspartei,
8. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
12. Deutsch-Hannoversche Partei,
14. Christlich-Sozialer Volksdienst,
18. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands,
19. Höchstgehalt der Beamten 5000 M. Für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten,
20. Radikale Partei (Bewegung für gesetzliche Geburtenregelung und Wohlstand) (früher radikale deutsche Staatspartei),
21. Nationale Minderheiten in Deutschland,
22. Partei der Erwerbslosen: „Für Arbeit und Brot“,
23. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Idealistische Bewegung Deutschlands,
24. Deutsche Volksgemeinschaft (Völkisch-revolutionäre Wirtschaftsbewegung),
25. Nationale Opposition der Vereinigten Reichsbankgläubiger und Markgeschädigten,
26. Menschheitspartei.

Die vorstehend nicht aufgeführten Nummern sind in dem amtlichen Wahlvorschlag nicht enthalten.

Abgelehnt wurde ein von der „Deutschen Steuerzahlerschutzpartei“ in Ostfriesland eingereicherter Landeswahlvorschlag, der in keiner Weise den gesetzlichen Erfordernissen entsprach.

Die Landeslisten werden heute abend im „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Die Reichsbank in der ersten Aprilwoche

Die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank hat sich laut Ausweis in der ersten Aprilwoche um 331,2 Mill. verringert. Die Entlastung ist also größer als die Steigerung der Kapitalanlage zum Vierteljahreswechsel, die 258,5 Mill. RM. betrug. Der Notenumlauf ging um 145 Mill. auf 4026 Mill. zurück. Die Deckungsmittel bleiben ausgeglichen. Das Deckungsverhältnis hat sich infolgedessen leicht von 24,1 auf 25 vH. gebessert.